

**3. KB-Kongreß • 14./15. Januar 1989**

**Materialien  
und  
Rechenschaftsberichte**

**Ausgabe für Gäste**

**Kommunistischer Bund**  
Lindenallee 4 · 2000 Hamburg 20

## Inhalt

### A) Rechenschaftsberichte:

I. Abschied von der Kriegsgefahr? .....	S. 2
II. Innenpolitische Bilanz seit 1982 .....	S. 8
III. Die Entwicklung der Linken seit 1980 .....	S. 15

(Die Teile I und III werden der Tendenz nach von der Leitung gemeinsam getragen, der Teil II zur Innenpolitik nicht, da er den bekannten und ungeklärten Konflikt zu unserer Faschisierungsthese aus der Sicht eines der beteiligten Kontrahenten enthält).

• Interzelle Hamburg: Internationalismusarbeit seit 1982 .....	S. 25
• B&G-Kommission: Bericht Teil I .....	S. 28

### B) Dokumente

• Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf“ (Resolution KB-Kongreß 1982) .....	S. 37
• Das Verhältnis des KB zu den Grünen (Drei Papiere nach dem Saarbrücker Grünen-Parteitag 1980) .....	S. 41
• Bundestagswahl und „alternative Bewegung“ (Resolution a.o. KB-Kongreß 1980) .....	S. 46
• Thesen zur Perspektive der Grünen Partei (1980) .....	S. 48
• Betrifft: Zusammenführung sozialistischer Kräfte (1985) .....	S. 51
• Krise der Linken — Krise des Marxismus (KB-Kongreß 1980) .....	S. 56

### C) Anhang

• KB-Organisationsstatut (1980) .....	S. 60
• KB-Frauenstatut .....	S. 62

### Anmeldung:

KB · Lindenallee 4 · 2000 Hamburg 20 · Tel. 040 / 43 54 20

# Einladung zum 3. KB-Kongreß

14. und 15. Januar 1989

Hamburg, Martin-Luther-King-Haus  
Grindelallee 9

Vorschlag für die Tagesordnung:

### Samstag 14. Januar

Beginn: 12 Uhr

(Für Gäste öffentlich)

- **Abschied von der Kriegsgefahr?** Die Entwicklung des internationalen Kräfteverhältnisses, die Außenpolitik der Perestroika.
- **Aussprache** über die weiteren **Rechenschaftsberichte**
- **Aktuelles**

19 Uhr:

**KB-Frauenversammlung** (über die Öffentlichkeit der Versammlung muß entschieden werden)

parallel um 19 Uhr: Forum zur **Jugendpolitik**

Ab 21 Uhr: Fete

### Sonntag, 15. Januar

Beginn: 9.30 Uhr

(nichtöffentlicher Teil, sofern keine Überhänge vom Vortag)

- **Rechenschaftsberichte:** — **Organisationsentwicklung**  
— **Finanzen**
- **Neuwahl der Leitung des KB**

(Kongreßschluß: Sonntag, 16 Uhr)

# Innenpolitische Bilanz seit 1982

Dieser Teil des Rechenschaftsberichtes soll verdeutlichen, welche (innenpolitischen) Herausforderungen es seit dem letzten Kongress 81/82, dem sog. Zeitungskongress, gegeben hat und wie wir damit umgegangen sind.

Ich werde zunächst Ausgangslage, Erwartungen und die Aufgabenstellung für die Zukunft skizzieren, wie sie in dem Leitartikel und dem Rechenschaftsbericht des LG benannt wurden. Dann werde ich in einer chronologischen Übersicht darstellen, was seither geschah und im letzten Teil, wie wir damit umgegangen sind.

## F.

Zur besseren Vorbereitung empfehle ich unbedingt die Lektüre der Kongressberichte von 81/82. Unter der Überschrift „2. KB-Kongress betont die Notwendigkeit...“ findet sich in AK 217, S. 26 ff. der Rechenschaftsbericht des LG, die „Thesen zur Perspektive des Arbeiterkampf“ (siehe Dokumente im Anhang), samt dem vom Kongress gebilligten Antrag „Mehr Kultur in unserer Zeit“. Die Positionen des Kongresses sind bis heute nicht kollektiv bilanziert. Sie werden also notwendigerweise Bezugspunkt unserer aktuellen Bilanz sein müssen. Wenn's nach mir ginge, würde ich die Lektüre der Berichte sogar obligatorisch machen.

Darüberhinaus halte ich es für nützlich, sich die Auseinandersetzung um die Bewertung der „Wende“ zu vergegenwärtigen, die in den Jahren 85/86/87 als Auseinandersetzung um die „Faschisierungsthese“ stattfand. Immerhin betonte der Kongress vor dem Regierungsantritt der CDU/CSU Anfang '82 noch ausdrücklich die frühere Richtigkeit und weitere Gültigkeit der Faschisierungserwartung.

Zu Lesen wäre in diesem Zusammenhang zum einen die Artikelserie: „Was ist los mit der Faschisierung...?“ in AK 256 bis 259, insbesondere (bzw. mindestens) AK 258 und 259, die sich mit der „Überprüfung der Faschisierungsthese aus heutiger Sicht“, also nach Antritt der CDU/CSU befassen. Wer noch etwas konkreter einsteigen möchte, lese die zuvor veröffentlichte dreiteilige Serie: „Abrüstung der Friedensbewegung — ein Beitrag zur Analyse des heißen Herbstes“, die die Herausbildung der innenpolitischen Deeskalationslinie durch die CDU/CSU-geführte Regierung als Fortsetzung der SPD-Politik unter CDU-Fahnen analysiert und mit einer ersten Zwischenbilanz der CDU/CSU-Regierungspolitik nach zwei Bonner Jahren endet.

Zu lesen wäre zum Zweiten die Zuspitzung der Kontroverse um diese Kritikerie in AK 274, 275, 276, die bis heute den theoretischen Stand der Auseinandersetzung markiert: Eine Kritik der Kritik von de. in „AK 274, S. 30 unter dem Titel: „Über ein Dimitroff-Zitat“. Eine nochmalige Schärfung der Kritik der alten Thesen in AK 275, S. 27 unter der Frage: „Soll das schon alles gewesen sein?“. Heftige Zurückweisung der Kritik in AK 276, S. 36 ff.: „Eine notwendige Korrektur — wie beschleunigt waren wir vor zehn Jahren, wie klug sind wir heute?“, sowie „Bitburg — eine Lapalpe?“

Zu empfehlen wäre schließlich noch die Aktualisierung der Bilanzen der CDU/CSU/FDP-Regierung in AK 283, vom Juni '87, dort unter der Überschrift: „Innen- und aktuelle Antifaschpolitik — Thesen, vorgebracht auf einem Antifaschkongress in St. Augustin“, sowie „Wahlzeit: Wendezeit? Entmythifizierung tut not.“

Die Auseinandersetzung um die Faschisierungsthese ist bis heute theoretisch offen. Für eine tiefere Bilanzierung der (innenpolitischen) Entwicklung der BRD und unserer Aktivitäten seit dem letzten Kongress, Stichwort „Wende“, wird mensch wohl nicht umhinkommen, sich die Argumente beider Seiten noch einmal anzusehen.

## Positionen des Kongresses 81/82:

### 1. Rechenschaftsbericht

Im Rechenschaftsbericht des LG vom Kongress 81/82 hieß es: „Ein zentraler Eckpfeiler seit Gründung des KB ist seine auf Lenins Theorie beruhende Einschätzung des Imperialismus und seiner aggressiven Tendenz nach innen wie nach außen. Auf Grundlage dieser Theorie und der historischen Erfahrungen mit dem deutschen Imperialismus analysierten wir eine zunehmende Entwicklung des Imperialismus zum Krieg, eine zunehmend stärkere Rolle des wiederaufstrebenden Nachfolgers des deutschen Imperialismus, der BRD, bei dieser Entwicklung, die zum Ziel hat, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges zu revidieren und sich mehr Einfluß und Geltung in der Welt zu verschaffen. Und schließlich eine fortschreitende präventive Absicherung des BRD-Imperialismus nach Innen, die wir mit dem Begriff „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ beschrieben haben. Trotz einzelner Fehler in der Anwendung dieser Analyse müssen wir heute feststellen: wir sehen keinen Grund, Abkehr von Lenins Imperialismustheorie zu betreiben und die erkennbaren Auswirkungen international wie auch im Lande zu leugnen, sondern wir sehen in der realen Entwicklung der letzten zehn Jahre eine Bestätigung der Grundlügen unserer Einschätzung. Weltweit strebt der Imperialismus auf einen Krieg zur Neuaufrichtung seiner Einflußsphären und zur Rückeroberung des sowjetischen Machtbereichs zu. Der BRD-Imperialismus ist dabei seinen Interessen entsprechend bemüht, an diesem Vorhaben weitgehend zu partizipieren; er nimmt in Europa teilweise die Rolle eines Antreiber dieser Entwicklung ein.“

(„Nachrüstungs“beschlüsse) und mischt sich zunehmend in andere Länder ein (Türkei z.B.).

Im Innern haben wir in den letzten Jahren eine zunehmende Faschisierung erlebt, die nach anfänglicher Praxis und Erprobung gegen die radikale Linke heute mit zunehmender Tendenz vom präventiven, vorbeugenden, zum operativen Einsatz kommt; sei es, daß die Computerisierung und Datenerfassung auf Massenebene greift, sei es, daß auch Massenaaktionen (Startbahn West, Brokdorf) die Brutalität der staatlichen Repression zu spüren bekommen. Diese Tendenz zum staatlichen Terror gegen Massenaaktionen wird mit Sicherheit im Hinblick auf die Absicherung der Kriegsvorbereitungen (Stationierung von Pershing II und Cruise missile 1983) zunehmen.

Und weiter: „Die heutige Tendenz der Entwicklung (ebenso wie vor dem zweiten Weltkrieg) weist darauf hin, daß in wachsendem Maß der Charakter des Staates als Unterdrückungsinstrument in den Vordergrund tritt, daß die Nischen enger, der „Sozialstaat“ brüchiger wird. (...) Für uns bleibt beim Rückblick (...) die Schlußfolgerung: wir halten fest an den Grundlagen unserer damaligen Einschätzung, den der Lenin'schen Imperialismus- und Staatstheorie, an unserer Einschätzung der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“, sowie der Sozialdemokratie als einer Herrschaftsvariante des Imperialismus.“

Als „Schwerpunkte für die nächsten Jahre“ werden im Rechenschaftsbericht genannt: „1. Zunehmend gerät die wachsende Kriegsgefahr ins Bewußtsein der Bevölkerung: verstärkte praktische und propagandistische Aufklärung und die mögliche Konzentration eines Krieges mit Europa als Schauplatz werden in wachsendem Maße als mögliche Entwicklung der Zukunft erkannt. Nach über 30 Jahren „Frieden“ in Europa bewegt die Angst vor dem Krieg mehr als andere Fragen der Vergangenheit große Teile der BRD-Bevölkerung. — Daneben und in Abhängigkeit von der Entwicklung des Imperialismus hin zum Krieg gerät das System materieller und sozialer Sicherheit in die Krise. Ökonomische Krisenerscheinungen, Massenarbeitslosigkeit, Abbau des Lebensniveaus und Schritte in die sozialen Leistungen stellen Angriffe auf die Bereiche dar, mit denen der Imperialismus in den Jahren seines Aufschwungs nach dem Zweiten Weltkrieg sich ganz erheblich die Loyalität der Massen erkaufte hat.“

Innenpolitisch straff diese Entwicklung die Regierung SPD mit erheblichen Vertrauensverlusten. Während sie auf der Linken an Zustimmung verliert, profitiert auf der Rechten die CDU/CSU von der zunehmenden Regierungsunfähigkeit der SPD, so daß ein Regierungswechsel spätestens bei der Bundestagswahl 1984 immer wahrscheinlicher wird. Im Innern hat dies immer stärker anwachsende Tendenzen der repressiven Unterdrückung des zunehmenden Widerstands gegen die herrschende Politik zur Folge. Reformen werden weiter abgebaut, die Möglichkeiten progressiver neuer Reformen werden immer geringer.

Im Bewußtsein der Menschen heute spiegelt sich diese veränderte politische Situation nicht hauptsächlich als Wille zur Veränderung wider, sondern als Angst vor den zerstörerischen Kräften der Zukunft, sei es der Krieg, die Zerstörung von Natur und Umwelt, oder sei es, daß die Furcht vor der Vernichtung materiellen Wohlstands ungeht.“

## Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf“

Die „Thesen zur Perspektive des Arbeiterkampf“, die dem Kongress als Leitartikel zur Bestimmung der zukünftigen Arbeit vorlagen und mit einigen Veränderungen angenommen wurden, schreiben dieselbe Grundeinschätzung als zukünftige Erwartung fest: Die „dramatische Verschärfung der Kriegsgefahr“ unterstreiche die Aktualität der Grundpositionen des Marxismus-Leninismus. Zur Diskussion stehe „nicht der theologische Streit um Dogmen und Formeln, sondern der Streit um die Schlußfolgerungen für die praktische Politik.“ Die „zu erwartende Entwicklung der nächsten Jahre“ wird wie folgt skizziert:

a) Innenpolitisch zunehmende Tendenz zur Regierungsunfähigkeit der SPD; einerseits Anwachsen einer Opposition links von der SPD, andererseits Zunahme der CDU/CSU. Daraus resultierend höchstwahrscheinlich Regierungsübernahme durch die CDU/CSU (vielleicht in Koalition mit der FDP), möglicherweise vor Ablauf der ordentlichen Amtszeit der jetzigen Regierung. Verschärfte Fortsetzung der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ (präventiver Polizeiaufbau, unmittelbare Repression, Entwicklung faschistischer Massenbewegungen), weitere Verringerung des ohnehin bloß minimalen Spielraums für progressive Reformen.

b) Ökonomisch Verschärfung der Krisentendenzen, Angriffe auf das erreichte Lebensniveau der „Volksmassen“ (Reallohn, Arbeitsbedingungen, staatliche „Sozialpolitik“ usw.), Absolute „Verelendung“ von Teilen der „Volksmassen“.

Dabei sind die Frauen in besonderer Weise Opfer der sozialen Verschärfung und der Ver-

suche, bereits erreichte Schritte der sozialen und politischen Emanzipation rückgängig zu machen.

c) Außenpolitisch ein dramatisches Anwachsen der Kriegstendenzen, mit möglicher Beteiligung der BRD und mit dem Risiko eines absoluten atomaren Schlagabtausches in Mitteleuropa/Europa. Die aktuelle Strategie des US-Imperialismus zielt darauf ab, im vollen Sinn des Wortes die Weltherrschaft zu gewinnen. Das beinhaltet „Eindämmung“ und „Roll-back“ aller emanzipatorischen Tendenzen in der „Dritten Welt“, Zurückdrängung des Einflusses der Sowjetunion auf ihre eigenen Grenzen, Zersetzung und Zerstörung des unmittelbaren Einflußbereichs in Mittel- und Osteuropa, und es beinhaltet darüberhinaus den Versuch, einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion „führbar“ zu machen. Damit soll das seit der Oktoberrevolution verfolgte Ziel, die Sowjetunion als Staat zu zerschlagen, nach mehrfachem Scheitern endlich zum Erfolg gebracht werden.

Bereits für die vor uns liegenden Jahre läßt sich ein brisantes Anwachsen der Kriegsgefahr prognostizieren. Dabei ist es von untergeordneter Bedeutung, ob zu n a c h s t e i n m a l die Länder der „Dritten Welt“ zum Schauplatz werden, da so oder so die innere Logik der US-Strategie die Möglichkeit eines „Übergreifens“ auf Europa beinhaltet.

d) Gegen die genannten innen- und außenpolitischen Entwicklungstendenzen gibt es Widerstand, der sich derzeit immer noch in der Phase des Anwachsens befindet. Zugleich entstehen und entfalten sich in den verschiedenen Sektoren des Widerstands wertvolle demokratische, emanzipatorische Elemente, die von uns aufgenommen und gefördert werden sollen.“

Im Besonderen wird erwartet, daß der bereits in Gang gekommene Umbruch der Linken auf die „Bildung einer Reformpartei“ hinauslaufen werde, die sich von der SPD aufgebende Elemente des Sozialdemokratismus wieder aneignet.“ Auf diesen Punkt, Stichwort: GRÜNE, soll im Rahmen dieses Papiers aber nicht weiter eingegangen werden.

## Aufgabenbestimmung 1981/1982:

Wie der Rechenschaftsbericht, knüpfen auch die „Thesen zur Perspektive des „Arbeiterkampf“ ihren Hinweis auf Erschütterungen der Stabilität des BRD-Imperialismus an die Feststellung: „Triebkraft dieser Erschütterungen ist wesentlich nicht der Wille nach V e r d a n g u n g e n, sondern ganz im Gegenteil die Angst, daß diese Gesellschaft sich selbst zerstört oder zerstört wird.“ Die Angst werde in dem Maße zunehmen, wie sich die Gefahren für den „Frieden“, für die „soziale Sicher-

heit“ bedrohlicher darstellten.

Aus dieser Beurteilung der Situation wurde im Rechenschaftsbericht wie im Leitartikel zur Zeitungsarbeit als zentrale Aufgabenbestimmung formuliert und vom Kongress mit Mehrheit beschlossen: „Von allen Sektoren der Bourgeoisie und ihrer politischen Agenturen wird diese Zukunftsangst als aktuell größte Gefährdung der herrschenden Verhältnisse und ihrer Herrschaft selbst angesehen, auch wenn sie einzelne dieser Ängste (...) reaktionär zu nutzen versuchen. Ihr gemeinsames Anliegen ist es, wider alle realen Entwicklungen einen neuen Aufschwung des Vertrauens in die Möglichkeiten des bürgerlichen Staates zur „Meisterung der Zukunft“ zustande zu bringen. Aufgabe der Revolutionäre ist es, die sich ausbreitende Zukunftsangst ernst zu nehmen, alle „Rimsale“ dieser Angst (z.B. auch ihre kulturellen Reflexe) zusammenzuführen, mit Argumenten und Fakten die Berechtigung dieser Angst zu untermauern, praktische Schritte des Widerstands an dieser Front zu organisieren — und in all den Fragen, an denen sich Angst und Protest entzünden, deutlich zu machen, daß diese Verhältnisse nur durch den konsequenten Kampf gegen die Herrschenden in diesem Land geändert werden können. Gerade die wachsende Kriegsgefahr stellt uns vor die Aufgabe, nachzuweisen und zu propagieren, daß diese Verhältnisse einer radikalen und baldigen Umwälzung (Revolution) bedürfen. Dabei ist es n i c h t Aufgabe der Revolutionäre, abgestandenen Revolutions-Optimismus oder Aktions-Euphorie zu verbreiten.“

Anders als in (zurückliegenden) Zeiten unterentwickelter Massenbewegungen, werde es dabei zukünftig nicht Aufgabe des KB sein, stellvertretenden Massenprotest zu entwickeln, sondern den sich entwickelnden Protest über die, entsprechend neu auszurichtende Zeitung mit Argumenten auszurüsten: „Leitmotiv der neuen Zeitung soll sein, an der massenhaft verbreiteten Kriegs- und Existenzangst anzusetzen, dieses Bewußtsein mit Fakten und Argumenten zu versorgen und es auf die Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderungen zuzuspitzen. Dabei soll künstlerischen und kulturphilosophischen Ausdrücken dieses Zeitgefühls und der Suche nach Alternativen im kulturellen Bereich in Zukunft besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.“

Die Auseinandersetzung mit neo-reformistischen Strömungen, mit Illusionen über „Strategien“ absoluter Gewaltfreiheit und die Debatte um die Rolle unserer „eigenen“ Bourgeoisie (u.a.) stellen den KB dabei vor die Aufgabe, die zeitgemäße und notwendig kritische Aneignung und Verbreitung marxistisch-leninistischer Positionen stärker als bisher zum Bestandteil der Zeitungsarbeit zu machen.“ Voraussetzung nach den zwei Jahren Krise seit der Spaltung des KB im 2. Halbjahr 1979 sei allerdings, „daß wir überhaupt erst wieder die Fähigkeit zurückgewinnen, systematisch und planmäßig Politik zu machen.“

So wurde es beschlossen — und die Klärung offener Streitpunkte zu einzelnen Passagen des Leitartikels zukünftig einzuberufenden Arbeitskonferenzen überlassen:

— so die Auseinandersetzung um die vom Leitartikel beschriebene „destruktive Entwicklung der Produktivkräfte durch den Kapitalismus“. Eingewandt wurde, es gebe keine destruktiven Technologien „an sich“, sondern lediglich deren destruktive Anwendung durch den Kapitalismus. Eine entsprechende Änderung schlug sich im Antrag nieder. Die Auseinandersetzung blieb jedoch offen.

— so die Auseinandersetzung um die Frage des „revolutionären Subjekts“. Mit dem Kompromiß „schlafender Riese“ wurde die Auseinandersetzung umgangen.

— so die Auseinandersetzung um die Bündnispolitik gegenüber den GRÜNEN sowie den Resten der radikalen Linken: Sie wurde auf zukünftige Debatten in der Zeitung und eine eigens einzuberufende Konferenz vertagt.

Darüber hinaus möchte ich an einige Beschlüsse erinnern, die in Ergänzung zur Verabschiedung des Leitartikels gefaßt wurden: — Den Beschluß zur Erarbeitung einer „Antikriegsresolution“, „die anhand von Tatsachen die Ursachen und Triebkräfte der dramatisch anwachsenden Kriegsgefahr aufzeigt und unsere Orientierung in der Friedensbewegung festlegt.“

— Die Annahme eines Sonderantrags: „In Zukunft: Mehr Kultur in unserer Zeitung!“

— Die Annahme eines Antrags zur Durchführung einer zentralen Multiplikatorinnen-Schulung zu Lenins Imperialismustheorie und innenpolitischen Konsequenzen im gesamten KB.

Die Entscheidung über das zukünftige Konzept der Zeitung, Umgestaltung der redaktionellen Arbeit, Verbesserung des Layouts etc. wurde auf den „evolutionären Weg“ geschickt. Die Entscheidung über einen neuen Namen wurde auf eine Leserabstimmung verschoben.

#### „Wende“ — was tatsächlich eintrat

Eine der Prognosen erwies sich als 100%ig zutreffend: Schon im September 1982 ließ die FDP die Koalition mit der SPD platzen. Am 1.10.82 wurde Helmut Kohl per konstruktivem Mißtrauensvotum Kanzler. Bei der vorgezogenen Bundestagswahl am 6.3.1983 wurde die Übergangsregierung der CDU/CSU/FDP als neue Regierungskoalition bestätigt.

Ebenso bestätigte sich die erwartete Herausbildung einer Reformpartei. Sie vollzog sich allerdings in Form des Einzugs der GRÜNEN in denselben Bundestag 1983.

Auch die Entwicklung breiter Massenproteste trat ein, wesentlich in Form der Friedensbewegung, die Einzelbewegungen wie die

Startbahn-West-Proteste, die Hausbesetzer-Bewegung ua. in sich aufnahm.

Die — auch vom KB — befürchtete allgemeine aktuelle Zuspitzung des Kriegskurses und der innenpolitischen Repression, Stichwort: Faschisierung, aber trat in der erwarteten Form nicht ein. Zwar setzte die CDU/CSU/FDP-Regierung den NATO-„Nachrüstungs“kurs, den Kurs des Sozialabbaus und den der inneren Aufrüstung ihrer SPD/FDP-Vorgängerin in der Sache fort, zwar entwickelten sich neue Fronten des Massenprotestes gegen die „Nachrüstung“, gegen den Sozialabbau, gegen die Verdattung der Republik u.a.m., also mögliche Konfrontationslinien zum Staat, aber die neue Regierung verschärfte den Kriegskurs nicht zur Kriegsvorbereitung, sondern setzte die von der SPD-Regierung beschlossenen „Nachrüstungs“-maßnahmen um. Sie agierte dabei nicht — wie erwartet — mit undifferenzierter Ausweitung der bisher gegen die Linke eingeübten Repression auf die Massenproteste, sondern mit Entwicklung eines integrativen, politisch, geografisch wie einsatztechnisch differenzierenden und selektierenden Deeskalationskonzeptes, und es gelang ihr trotz wachsender Arbeitslosigkeit, diese Strategie bis heute durchzuhalten. Das schließt Eskalationen staatlicher Gewalt gegen begrenzte Gruppen, an begrenzten Orten, unter besonderen Umständen nicht aus. Im Gegenteil sind solche begrenzten Eskalationen und die Abdrängung politischer und sozialer Gruppen Bestandteil des allgemeinen Deeskalations- und Integrationskonzeptes.

Zur besseren Orientierung gebe ich eine knappe chronologische Übersicht über die wichtigsten (innenpolitisch relevanten) Stationen:

- 10.06.82: NATO-Gipfeltreffen in Bonn: Auch Reagan ist dabei. Höhepunkt der anwachsenden Friedensbewegung: 400 000 in Bonn.
- 17.09.82: Koalitionsauflösung durch die FDP.
- 01.10.82: Kohl wird Kanzler.

06.03.83: Vorgezogene Neuwahl. Die CDU/CSU/FDP-Koalition wird als Regierungspartei bestätigt. Die GRÜNEN ziehen erstmals in den Bundestag ein.

13.04.83: Angesichts einer zunehmenden Verweigerungswelle gegen die geplante Volkszählung sowie die Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises wird die Volkszählung vom Bundesverfassungsgericht per einstweilige Verfügung gestoppt.

25.06.83: 20.000 demonstrieren gegen US-Vizepräsident Bush in Krefeld, als „Krefelder Krawalle“ von der Presse kommentiert. Brutale Selektion des „schwarzen Blocks“ durch Sonderpolizei. Konkrete Folge: Einsatz von Paragraf 129a gegen „Radikal“ und „Stuttgarter Deeskalationsgespräche“ zwischen Mitgliedern der Friedensbewe-

gung und der Polizei über die Vermeidung von Gewalt beim erwarteten „heißen Herbst“.

07.08.83: US-Militärpolizei geht in Ramstein gegen demonstrierende Rüstungsgegner vor.

30.08.83: Asylbewerber Cemal Altun protestiert mit Selbsttötung gegen die Bonner Ausländerpolitik.

01.09.83: Antikriegstag: Sitzblockaden in Mutlangen und Bitburg.

22.10.83: Insgesamt 1,3 Millionen Menschen sind am Aktionstag des „heißen Herbstes“ gegen den „NATO-Doppelbeschluß“ unterwegs. Die vielerseits befürchteten Konfrontationen bleiben im Wesentlichen aus. Im Gegenteil: Die Aktionstage vertiefen entschieden die Gewaltlosigkeitspropaganda der Deeskalationsstrategie der Regierung.

10.11.83: Der Bundestag beschließt ein Gesetz über die Förderung der Rückkehrbereitschaft von Ausländern: Mit ihrem eigenen Geld sollen sie belohnt werden, wenn sie bloß gehen. Mit dem Beschluß wird dem Widerstand gegen die Bonner Ausländerpolitik auf längere Sicht der materielle Boden entzogen.

22.11.83: Der Bundestag billigt die Aufstellung der Mittelstreckenraketen in der BRD. Die Aufstellung beginnt. Die UdSSR bricht die Genfer Verhandlungen mit den USA ab. Die Friedensbewegung ist gelähmt. Die lange Agonie ihrer endgültigen Sozialdemokratisierung beginnt.

Dezember: Verbot der ANS durch die Bundesregierung. Es ist ein Alibi-Verbot, hat aber zusammen mit dem realen Rückgang der Aktivitäten der NPD und rechter Militanten demobilisierende Wirkung auf die von „Rock gegen Rechts“ herkommende Antifa-Bewegung.

15.12.83: Im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts wird ein „informationelles Selbstbestimmungsrecht“ postuliert und die Volkszählung bis zur Vorlage eines neuen Gesetzes zur Volkszählung storniert. Damit wird den beginnenden spontanen Protesten gegen die Verdattung der Republik, gegen das „Orwell-Jahr“ usw. vorläufig der Boden entzogen. Es muß eine neue langfristige und grundsätzliche Orientierung entwickelt werden, ohne konkrete Ansätze zu haben.

\*

24.01.84: Bundeskanzler Kohl mit seiner „Gnade der späten Geburt“ besucht Israel.

25.01.85: Die GRÜNEN Hessens tolerieren die SPD-Regierung und tragen den Landeshaushalt mit. Der Vorgang markiert den Durchbruch der Realpolitik bei den GRÜNEN.

01.04.84: Die Justiz verhängt 30 Monate Knast gegen zwei Redakteure von Radikal.

29.03.84: Während die IG Metall und die meisten anderen Gewerkschaften erklären, die 35-Stunden-Woche in den Tarifverhandlungen durchsetzen zu wollen, verabschiedet der Bundestag ein dazu alternativ stehendes bis 1988 befristetes Vorruhestandsgesetz. Es scheint, als wolle die Regierung in Konfrontation mit den Gewerkschaften gehen.

03.04.84: Druckerstreik für die 35-Stunden-Woche. Im Mai kommt die IG Metall dazu.

23.04.84: 600 000 bei den Ostermärschen: Auf Märschen, bei symbolischen Blockaden und mit Menschenketten wird gewaltfreier Widerstand demonstriert.

20.06.84: Die Chemiefabrik Boehringer muß ihre Hamburger Filiale wegen Dioxin-Vergiftung schließen.

27.06.84: Die Metallarbeiterstreiks enden mit dem Kompromiß von 38,5 Stunden Arbeitszeit pro Woche auf der Grundlage von Betriebsvereinbarungen. Im Juli endet auch der Druckerstreik mit demselben Ergebnis. Auf einen Bruch des Stabilitätsdreiecks Kapitalistenverbände/Arbeitgeber/DGB hat die Regierung es nicht ankommen lassen. Die Gewerkschaften gehen aus der Konfrontation mit der Bundesregierung aber geschwächt und gezähmt heraus.

Dezember: Auf die Hungerstreikerklärung der Gefangenen der RAF folgt eine Welle von Anschlüssen seitens der totgeglaubten RAF und ihres Umfeldes bis weit hinein in den Spätsommer '85: Der tödliche Anschlag der RAF auf den Rüstungs-Manager Zimmermann führt zu Kritik aus der Szene. Der Mord an dem GI Pimental im August führt die RAF endgültig in die Isolation. Selbst die militanten Teile der Szene distanzieren sich.

\*

Februar 85: Nach öffentlichem Protest schwächt die schlesische Landsmannschaft das Motto für ihr Deutschlandtreffen „40 Jahre Vertreibung — Schlesien bleibt unser“ ab in „Schlesien bleibt unsere Zukunft im Europa freier Völker“.

04.02.85: Die Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen beschließt den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf. Die erste Demonstration fand dort bereits am 16.2. statt.

02.04.85: Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt werden zu fünfmal lebenslanglich plus 15 Jahren Haft verurteilt.

04.05.85: Weltwirtschaftsgipfel in Bonn mit Teilnahme Reagans. Nach heftiger öffentlicher Auseinandersetzung legt Reagan auf dem Bitburger Militärfriedhof, auf dem auch SS-Leute begraben liegen, einen Kranz nieder.

04.05.85: In Antwort auf das Volkszählungsurteil projiziert die Bonner Exekutive ein ganzes Paket von „Sicherheitsgesetzen“, die auf eine generelle Legitimation präventiver polizeilicher Datenerfassung hinauslaufen. Die Umsetzung bleibt im Koalitionsstreit hängen. Zimmermann wechselt im weiteren zur Salamitaktik, d.h. stückweisen Umsetzung des Pakets nacheinander statt in einem Guß. Damit wird der mögliche Widerstand unterlaufen. (siehe dazu AK 256, 257 ff)

28.06.85: Der Bundestag beschließt ein Versammlungsverbot bei Demonstrationen.

19.09.85: Günter Sare\* wird bei einer Anti-

NPD-Demo in Frankfurt von einem Wasserwerfer überrollt.

21.12.85: In Hamburg wird Ramazan Avcı von „Skinheads“ ermordet. Verbindungen zur Neo-Nazi-Szene kann die Polizei, wie immer, nicht erkennen. 15.000 Menschen protestieren aus diesem Anlaß gegen die Ausländerpolitik des Hamburger Senats.

\*

30.01.86: Schily stellt Strafanzeige gegen Bundeskanzler Kohl wegen Falschaussagen vor dem Flickausschuß. Die Ermittlungen werden im Juni eingestellt.

Februar: Im Ergebnis der politisch fatalen „offensiven“ der RAF von 1984 werden Stammheim und Terrorismus „bewältigt“. Das Stammheim-Buch von Stephan Aust und der dazugehörige Film werden zum Bestseller und Gespräch der Nation.

Februar: Die sog. Sicherheitsgesetze: Schlepptrennfahndung, maschinenlesbarer Personalausweis etc. stehen erneut auf dem Wunschzettel der Koalition.

April: Es wird bekannt, daß der VS 1978 versucht hat, ein Loch in das Celler Gefängnis zu sprengen.

25.04.86: Reaktorunfall von Tschernobyl.

07.06.86: Großdemonstrationen der wiedererwachten Anti-AKW-Bewegung in Wackersdorf und Brokdorf werden von der Polizei massiv behindert. In Kleve gerät der Hamburger Zug (wesentlich Autonome und KB) in eine Polizeifalle, aus der heraus er von Sondereinheiten der Polizei mit bisher in der BRD nicht gekanntem Vandalismus überfallen wird.

08.06.86: Auf dem Hamburger Heiligengeistfeld wird eine komplette Demonstration, die gegen den Klever Überfall protestieren wollte, von der Polizei über 16 Stunden eingekesselt. Als „Hamburger Kessel“ gehört diese Methode trotz anschließendem Protest von über 50.000 Menschen in Hamburg und trotz juristischen Nachspiels seitdem zum offiziellen Repertoire von Polizeieinsätzen auch an anderen Orten.

Juli: Der Siemens Atom-Manager Beckurts und sein Fahrer werden durch eine RAF-Bombe getötet.

Oktober: Die Ermordung des liberalen Regierungsbeamten von Braunmühl zementiert den endgültigen politischen Bankrott des aktuellen BRD-Terrorismus. Die bürgerliche Anti-Terrorismus- und Versöhnungs-Propaganda fährt reichliche Ernte ein.

22. bis 23.11.86: Grüner „Mütterkongress“: GRÜNE überholen die konservative Frauenpolitik von rechts.

November: Die FAP formiert sich zunehmend als Nachfolgeorganisation der ANS.

19.12.86: Vor dem Hintergrund des Braunmühl-Mordes beschließt das Kabinett ein Paket neuer Anti-Terrorismus-Gesetze: Verschärfung des 129a, Wiedereinführung des Zensurparagrafen 130a, Kompetenzerweiterungen für die Bundesanwaltschaft, on-li-

ne-Zugriffe der Polizei auf die Dateien des Bundeskriminalfeldzeugamts.

13.11.86: Verabschiedung eines Pakets von Gesetzen zur Einschränkung der Asylpraxis.

\*

Januar 87: Die besetzten Häuser in der Hafenstraße in Hamburg rücken als „Terroristen-Hochburg“ in die Schlagzeilen.

21.01.87: Beginn des Zensurprozesses gegen Radi-Aktiv.

25.02.87: Verabschiedung des bayerischen AIDS-Maßnahmenkatalogs.

01.05.87: Kreuzberger „Krawalle“ im Zusammenhang mit 750-Jahrfeier in WBLn.

11.06.87: Regan in Westberlin.

September: Bei der Bundestagswahl wird die CDU/CSU/FDP-Koalition erneut bestätigt. In Bremen erhielt das Wahlbündnis NPD/Frey 2,99 Stimmen.

Oktober: Tod des Ministerpräsidenten Barschel.

02.11.87: Schüsse an der Startbahn-West: Zwei Polizisten werden während einer Startbahn-Demo erschossen, ein weiterer lebensgefährlich verletzt. A. Eichler wird als „Mutmallicher“ verhaftet. BKA und Bundesanwaltschaft nehmen das Ereignis zum Anlaß, die Frankfurter und überhaupt die autonome Szene über Durchsuchungen, Festnahmen und Vorladungen zu durchleuchten. Es setzt eine große Hetz- und Distanzierungswelle ein, die die Szene handlungsunfähig macht.

November: Nürnberg: Verurteilung eines AIDS-Kranken zu Gefängnisstrafe wg. angebl. vorsätzlicher Körperverletzung. Trotz allgemeiner Verurteilung des Bayerischen Sonderweges zu AIDS wird das Urteil von SPD- wie CDU-PolitikernInnen als exemplarisch verstanden und benutzt.

Dezember: Die beabsichtigte Schließung der Stahlwerke Rheinhausen führt zu bisher in der BRD nicht dagewesenen politischen Formen und heftigen Ausbrüchen des Arbeitskampfes in dieser Region.

Dezember: Das „Wunder von Hamburg“: Bürgermeister Doynani befriedet den Hafenstraßenkonflikt durch persönlichen Einsatz für einen Nutzungsvertrag mit Hafenstraßenbewohnern.

Dezember: Entsorgungsskandal der Transnuklear/Hanau.

16.12.87: Endgültige Verabschiedung eines „Artikelgesetzes zur Inneren Sicherheit“ durch das Bundeskabinett: Paragraphen 129a, 130a, schärfere Strafrechtsnutzung, befristete Kronzeugenregelung, Einsetzung einer Gewaltkommission, Novellierung eines Nötigungsgesetzes.

18.12.87: Bundesweite Durchsuchungsaktion gegen radikale, vor allem auch gegen Gegendemos arbeitende Frauengruppen wg. angebl. Unterstützung der „Roten Zora“. Verhaftung von U. Pensein und I. Strobl, noch nicht vollstreckte Haftbefehle gegen weitere Personen.

19.03.88: Demonstration gegen die militärische Nutzung der Atomenergie in Hanau.  
 00.05.88: Vorlage eines Gesetzes zur „Beratung“ von Schwangeren durch die CDU. Die Vorlage zielt auf Verschärfung des Paragraphen 218.

## Die Hauptlinien

Fassen wir (nach derselben Gliederung wie in der Zeitungsresolution von 8/82) zusammen:

Innenpolitisch: Die CDU/CSU/FDP-Regierung stieg voll in die sachliche Konfliktlinie ihrer Vorgängerin ein. Die Proteste wuchsen geradezu dramatisch an: Die Proteste gegen die „Nachrüstung“, gegen die Startbahn-West, gegen Wackersdorf, die Häuserkampf- und Asylpolitik flossen zum sog. „heißen Herbst“ „83 zum Massenprotest von gut anderthalb Millionen Menschen gegen Kriegs- und Katastrophenpolitik von Kapital und Bundesregierung zusammen.

Statt aber die unter der SPD/FDP-Regierung sichtbar gewordenen Risse des Sozialstaatskonsens durch verschärfte Konfrontationspolitik zu einer allgemeinen Legitimationskrise der bundesdeutschen Nachkriegsdemokratie zu vertiefen, gelang es der neuen Regierung auf Grundlage des Rollentauschs von CDU/CSU und SPD und durch eine differenzierende Deeskalationspolitik, die Proteste teils ins Leere laufen zu lassen wie die Friedensbewegung und die Bewegung gegen die Verdattung, teils vordergründig zu befrieden wie in der Besetzerbewegung, teils ihr den materiellen Boden zu entziehen wie in der Ausländerfrage, teils einzuschläfern wie die Frauenbewegung u.a.m.. Im Ergebnis schaffte sie es, die Proteste politisch zu entzünden oder sogar zu integrieren, statt zu eskalieren. Ich verweise auf die sog. „Stuttgarter Deeskalationsgespräche“ vor dem „heißen Herbst“. Im novellierten Versammlungsgesetz wurden vertrauensbildende Maßnahmen vor einer Versammlung, Demonstration etc. inzwischen zum staatlich Gebot festgeschrieben. Außer vom harten autonomen Spektrum und den Resten der radikalen Linken wird diese Entwicklung heute akzeptiert. Die Spaltung in Gewalttäter und Gewaltfreie ist z. Zt. eine Realität. Nach 5 Jahren CDU/CSU/FDP-Regierung ist der „rechtsstaatliche Konsens“ der BRD-Gesellschaft fester als zuvor. Die GRÜNEN sind mittragender Bestandteil dieser Entwicklung.

Der weitere Ausbau des (präventiven wie repressiven) Staatsapparates durch schrittweise Einführung der Verdattung (Sicherheitsgesetze), durch Erneuerung der Terrorismusgesetze (129a, 130a etc.), Verabschiedung der Asylgesetze u.a.m. und sein punktueller, dann z.

T. brutaler Einsatz wie in Krefeld, Kleve, Kreuzberg usw. steht dazu nicht im Widerspruch: Die exemplarische Einschüchterung, Disziplinierung und Isolierung von Minderheiten ist Bestandteil dieses Konzepts. Die innere Hochrüstung und der exemplarische Einsatz des Unterdrückungsapparats ist z. Zt. ein Instrument der Konsensbildung im präventiven Sicherheitsstaat. Dies trotz Massenprotesten im Alltag verankert zu haben, ist eine bemerkenswerte und unerwartete Leistung der konservativen Koalition und ihrer „Politik der Mitte“.

Besondere Erwähnung verdient die Frage des Alt- und Neofaschismus: Die CDU/CSU/FDP-Regierung hat die Spitzen des militanten Neofaschismus mit dem ANS-Verbot demonstrativ in den Untergrund verwiesen. Das rechtskonservative Lager (NPD, Frey, Vertriebenenverbände und Co.) hat man durch gelegentliche Kraftsprüche und -aktionen bei Laune zu halten versucht (z. B. Kohl beim Schlesierreffen), es so auch lange geschafft. Im übrigen setzte Kohl auf Gesichtsbewältigung durch die „Gnade der späten Geburt“, statt auf Mobilisierung seines rechten Klientels (siehe die „Versöhnung“ in Bitburg, siehe den Israel-Besuch). Inzwischen allerdings führt der Ärger über die nicht nach ihren Vorstellungen durchgeführte „Wende“ zu Proteststimmen rechter Gruppierungen bei verschiedenen Wahlen zwischen 2 und 3%. Für die Entwicklung einer faschistischen Massenbewegung fehlt diesen Kräften aber zur Zeit die Basis und eine entsprechende Alternative zum konservativen Programm.

Auch in der sozialen Frage hat die CDU/CSU/FDP-Regierung die politische Stabilität trotz Arbeitslosigkeit, trotz Einbrüchen ins soziale Netz, trotz regionaler Konflikte wie Rheinhausen im wesentlichen halten können. Die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche führten im Ergebnis zu einer Unterordnung der in der letzten Phase der SPD/FDP-Regierung entstandenen sozialen Unruhen unter die Logik der Erhaltung der Stabilität im Interesse des Ganzen. Die erwartete „absolute Verelendung“ trat nicht ein, bzw. ihr tendenzieller Eintritt für ca. 3 Millionen Arbeitslose kann von der CDU/CSU/FDP-Regierung und inzwischen unterstützt durch solche Umverteilungsdemagogien wie die Lafontaines Anfang dieses Jahres verschleierte und den Widerstand individualisiert werden. Der Flexibilisierung der Arbeitszeit entspricht dabei die Zersplitterung der Arbeitskämpfe durch die im 38,5-Stunden-Kompromiß enthaltenen gewerkschaftlichen Betriebsvereinbarungen.

Außenpolitisch, das sei hier nur angemerkt, hat sich die Einschätzung bestätigt, daß der US-Imperialismus auf Zurückdrängung der Sowjetunion auf ihre eigenen Grenzen hinarbeitet, daß er strategisch mit allen Mitteln versucht, einen Atomkrieg gegen die UdSSR

führbar zu machen. Aktuell haben sich aber durch die Ablösung der Breschnew-Doktrin in der Außenpolitik der UdSSR (Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen durch Gorbatschow, Abzug aus Afghanistan, Bewegung im Warschauer Pakt) und der „Öffnung“ Chinas gegenüber dem Westen neue taktische Konstellationen ergeben, die keine Prognose auf die Aktualität eines atomaren Weltkrieges ermöglichen.

Zur Zeit herrscht — zumindest in der Friedensbewegung, der westdeutschen Linken und auch im KB — Verwirrung und Ratlosigkeit in dieser Frage. Die tatsächliche Entwicklung und die Politik Gorbatschows erlaubt es den Imperialisten, z.B. der BRD-Regierung, ihre Politik der Stärke, wie sie im „NATO-Doppelbeschluß“ zum Ausdruck gekommen sei, in den Augen der Bevölkerung nachträglich als richtig, weil erfolgreich, kriegsverhindernd und zukunftsichernd zu legitimieren. Im Gegensatz zu der erwarteten Erschütterung des imperialistischen Systems im Zuge der Verschärfung der Kriegsgefahr, ist so z. Zt. eine erneute Festigung seiner Sicherheitsideologie und Herrschaft die Folge.

## Unser Eingreifen

Unser Eingreifen konzentrierte, mensch könnte im Vergleich zu früheren Aktivitäten auch sagen: reduzierte sich praktisch auf drei Bereiche: Friedensbewegung, „Innere Sicherheit“, Ausländerpolitik, wo wir über die Zeitungsarbeit hinaus blüddispolitisch tätig waren. Der Frauenbereich hat sich entgegen den Prognosen des Kongresses, dort werde es zu besonderen Belastungen kommen, als kontinuierlich arbeitender Bereich aufgelöst.

Im „Raketenjahr '83“ versuchten wir, in der entstehenden Friedensbewegung eine über den Protest gegen die „Nachrüstung“ hinausgehende Orientierung auf einseitige Abrüstung der NATO durchzusetzen. Wir unterstützten die Volksabstimmung gegen Raketen (AK 234) und führten dann vor allem eine heftige Auseinandersetzung gegen die integrationsistische Zählung der Friedensbewegung im Zuge der „Stuttgarter Deeskalationsgespräche“ (Nachzulesen u.a. in AK 236; „Gewaltfrei in den 3. Weltkrieg?“ ff.). Das ging bis zur Durchführung einer symbolischen Blockade der berüchtigten Locumer Tagung unmittelbar vor den Herbstaktionen. (AK 238) Das Ergebnis ist bekannt: Wir konnten die Sozialdemokratisierung der Friedensbewegung nicht aufhalten. Auf diesen Positionen und dem politischen Ruf der unversöhnlichen Gegnerschaft gegen die NATO können wir jedoch jederzeit unsere zukünftige Politik aufbauen.

Mit Blick auf das „Orwell-Jahr“ 1984 gingen wir Anfang 1983 mit „Thesen zur Volkszählung“ (AK 231) und weiteren Artikeln in die Auseinandersetzung und praktische Organi-

sierung der entstehenden Protestbewegung gegen Volkszählung und Erfassungsstaat. Nach dem Volkszählungsurteil legten wir im Dezember '84 (AK 241) einen „Fahrplan für eine Kampagne“ gegen den maschinenlesbaren Ausweis, die geplanten „Sicherheitsgesetze“ und die Volkszählung vor, der seinerzeit durch aus Impulsgeber für breite Aktivitäten war. Mit der Stornierung der „Sicherheitsgesetze“, insbesondere der Personalausweispläne, Anfang '84 wurde der entstehenden Bewegung die Dynamik entzogen. Sie hat sich davon nicht erholt. Bis heute blieben Aktivitäten gegen die von da ab einzeln vorgelegten „Sicherheitsgesetze“ ohne konkrete Angriffspunkte. Am Protest gegen die Neuaufgabe der Volkszählung 1986 beteiligten auch wir uns nur noch über Thesen (AK 266) und Berichterstattung im AK. Das gleiche gilt für die inzwischen vom DKP/Juso-Spektrum besetzten Initiativen gegen „Sicherheitsgesetze“, Demonstrationsrecht usw. Eine verbindlich arbeitende KB-Kommission zu dem Themenbereich existiert bereits seit langem nicht mehr. Es zählt auf diesem Gebiet nach wie vor unser politischer Rat, jedoch z. Zt. nicht unsere Tat. Davon unberührt sind praktische Initiativen gegen Repression in Einzelfragen, zu denen immer wieder kurzfristige, auch lokale (Herausgeber) Bündnisse hergestellt werden konnten wie zum „Hamburger Kessel“, zu den Prozessen gegen „radi aktiv“, aktuell zu den Verhaftungen von I. Strobel und U. Penselin.

Eine besondere Erwähnung verdient die Auseinandersetzung um das Stammheim-Buch von Ernst Aust (AK ab AK 267): Auf Grundlage unseres alten Rufes als unversöhnliche Kritiker der Selbstmordlegende und solidarische Kritiker der RAF konnten wir nicht nur propagandistisch, sondern auch praktisch mit Erfolg in die aktuelle Debatte um die „Bewältigung des Terrorismus“ eingreifen. Gemessen an den Medienmöglichkeiten der Bewältigung waren unsere Aktivitäten selbstverständlich nur ein Tropfen auf einen äußerst heißen Stein, aber es wurde erkennbar, wo unsere Chancen liegen: Im Festhalten an der Unversöhnlichkeit gegenüber den staatlichen Lügen der Gewaltlosigkeit, dem Kampf gegen liberalistische Geschichtsschreibung für eine eigene linksradikale Geschichtsschreibung. Die Aufnahme unserer Stammheim-„AKs“ und der anschließenden Broschüre haben gezeigt, daß hier ein großes Feld für uns liegt, auf dem wir noch viel zu wenig arbeiten.

Bleibt noch an den Gang der Entwicklung unserer speziellen antifa-Aktivitäten zu erinnern: Angesichts zunehmender Reduzierung antifaschistischer Aktionen auf sinnlose Schlachten mit der Polizei erklärten wir nach dem NPD-Parteitag in Fallingb. im Oktober 1983 (AK 239) unseren Ausstieg aus dieser Art von Aktionen. Wir begründeten dies mit der zurückgegangenen Bedeutung der NPD und der militanten Nazi-Szene, sowie

der sektiererischen Verengung dieser Art von Aktionen. Wir propagierten stattdessen eine „inhaltlichere“ Auseinandersetzung mit neofaschistischem Gedankengut und eine Konzentration auf neokonservative Erneuerungsstrategien in und am Rande der CDU/CSU. Damit brach allerdings unsere bis dahin durchgeführte kontinuierliche zentrale Anti-Nazi-Arbeit zusammen. Soweit seitdem Antifa-Arbeit im „klassischen“ Sinne geleistet wurde, geschah dies lokal, punktuell, bzw. reduziert auf gelegentliche Veröffentlichungen zur Szene im AK. Dem folgte die beginnende Auseinandersetzung um die „Faschisierung“ im „AK und der vorübergehende personelle Zerfall der früheren Antifa-Kommission seit Mitte '84.

Aktuell hat sich die Kommission regeneriert und arbeitet unter dem Eindruck des FAP-Treibens z. Zt. ua. auch an einer Bestandsaufnahme der Szene.

Getragen vom „Deutsch-ausländischen Aktionsbündnis“ (DAAB) und einer ua. darin gut „verankerten“ „Ausländer-AG“ beteiligten wir uns im ersten und noch im zweiten Amtsjahr der CDU/CSU/FDP-Regierung an bundesweiten Protesten gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung. Seit Verabschiedung des Rückführungsgesetzes hat sich der organisierte Protest zunehmend individualisiert, bzw. auf Asylfragen verlagert. Protestzüge wie beim Mord an Ramazan Avzi sind spontaner Ausdruck allgemeiner Unzufriedenheit in Sachen Ausländerpolitik/Rassismus. Die organisierte Arbeit ist dagegen weitgehend zurückgegangen. Das DAAB z.B. hat sich aufgelöst. Eine organisierte Ausländer-Arbeit des KB gibt es ebenfalls nicht mehr.

## Debatten

Nicht als praktisch-politische Arbeitsfelder, aber dennoch von erwähnenswerter Bedeutung für das Profil und den Einfluß des KB seit 8/82 sind einige zentrale Themen/Auseinandersetzungen im AK (die ich hier unter dem „innenpolitischen“ Aspekt herausgreife. Weitere wären unter anderen Aspekten zu ergänzen):

— Bei Antritt der GRÜNEN brachten wir im AK eine Reihe von Artikeln zum grundsätzlichen Verhältnis von Natur und Mensch, Ökologie und Marxismus, Kapitalismus und alternative Produktion etc. (AK 227 ff.), in denen die Auseinandersetzung mit dem GRÜNEN Fundamentalismus, allen voran Rudolf Bahro gesucht wurde. Später konzentrierte sich die Auseinandersetzung mit den GRÜNEN mehr auf Fragen der Parteibildung und des Integrationsismus. Faktisch wurde der AK in dieser Frage im Lauf der Jahre zum Ersatz für das fehlende Forum innergrüner linker Kritik. Die Entwicklung der linken GRÜNEN ist

vom AK so wenig zu trennen wie die Berichterstattung des AK von den GRÜNEN. Mensch kann von einer zweitweltigen symbiotischen Verbindung reden, die sich aktuell zu lösen beginnt. Aus der kritischen Begleitung des GRÜNEN Prozesses dürfte dem AK aber zukünftig noch einiges an politischem Vertrauen nachwachsen.

— Nach dem „heißen Herbst“ begann an der Frage der weiteren Perspektive der Friedensbewegung die Auseinandersetzung um die Bestandsaufnahme von „Wende“ und später „Faschisierung“. Sie schlug sich KB-intern auch in der zentralen, in mehreren Stufen über die Jahre '83 bis '85 durchgeführten „Multi-Schulung“ zu Lenins Imperialismustheorie nieder, die konsequenterweise mit der Auseinandersetzung um die Staatsfrage endete. KritikerInnen und VerteidigerInnen der „Wende“- und „Faschisierungs“-erwartung stehen sich im KB theoretisch bis heute ohne Einigung gegenüber. Praktisch scheint der Konflikt längst gelöst: Im AK ist von aktuell zu erwartender „Faschisierung“ nicht mehr die Rede. Andererseits wird Lenins Imperialismusanalyse nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Dafür ist die „Faschisierungsthese“ inzwischen, und zwar in dogmatisierter Form, ins Erbe der „revolutionären Sozialisten“ übergewechselt.

Die „Faschisierungsdebatte“ hat Kraft gekostet, eingefahrene Motivationen zerschlagen und Wunden in der Organisation hinterlassen. Mehr als das aber hat sie zur Öffnung der Organisation für die vom Kongress 8/82 geforderte theoretische Erneuerung, zur Erneuerung der Dialogbereitschaft und damit zum Überleben und zu neuen Entwicklungsmöglichkeiten des KB beigetragen. Die theoretische Erneuerung selbst allerdings steht noch aus.

— Die „offensive '84“ der RAF, sowie des internationalen Terrorismus wurde im AK dokumentarisch und kritisch mit ausführlichen Artikeln begleitet. Der AK lieferte einerseits Argumente und Enthüllungen gegen den Distanzierungsdruck der Deeskalierer. Er gab andererseits der notwendigen Kritik an der katastrophalen Mordpolitik der RAF den notwendigen öffentlichen Ausdruck. In der Auseinandersetzung mit der Stammheim-Bewältigung durch Aust und Co., später zu den Schüssen an der Startbahn-West wurde diese Linie fortgesetzt. Berichterstattung zu und Auseinandersetzung mit dem Thema Gewalt/Terrorismus ist bis heute eine der politischen Attraktionen des AK. In der früher bei uns breit entwickelten Knaßberichterstattung verloren wir in den letzten Jahren allerdings die Kompetenz.

— Zum 8. Mai 85 unternahmen wir den (bisher letzten) Anlauf zu einer Kampagne, die das eigene Profil des KB deutlich machen sollte. Tatsächlich blieb die Kampagne in einzelnen örtlichen Versuchen und im Nachvollzug

von SPD/DKP-Aktivitäten stecken. Ein Erfolg aber wurde das daraus resultierende „Seminar zum 8. Mai 1945: Befreiung vom Faschismus“. Nach der ins Stocken geratenen Faschisierungsdebatte, nach dem Wegdämmern der zentralen Schulungsarbeit bei Abschluß ihrer dritten Runde gab es einen ermutigenden Impuls zur Wiederaufnahme der innerorganisatorischen Diskussion. Er schlug sich 1986 in einem „Revanchismusseminar“ und 1987 in einem Seminar zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution und dessen geplanter Fortsetzung für das Jahr 1988 nieder. Die Seminare sind zwar kein Ersatz für organisierte Schulungstätigkeit, nicht für die organisierte Debatte offener Fragen wie der „Faschisierung“, auch nicht für die vom Kongress 81/82 projizierten und nicht durchgeführten Arbeitsseminare. Sie sind aber immerhin ein neuer Ansatz zur kollektiven theoretischen Arbeit, der ausbaufähig ist.

Schließlich sei daraufhingewiesen, daß sich das Thema AIDS und darüberhinaus Gentechnologie nach anfänglichen Diskontinuitäten seit Mitte 1986 zu einem neuen Schwerpunkt des AK zu entwickeln begonnen hat, mit dem der AK aktiv und frühzeitig in ein sich abzeichnendes Jahrhundert-Thema eingreift. Mit unserer gegen den Strom der Panikmache und reaktionären Funktionalisierung des Themas AIDS gerichteten Berichterstattung steht der AK bisher ziemlich einzigartig in der linken Presselandschaft da. Mit der zum Schwerpunkt Gentechnologie erweiterten Arbeit wird das Grundthema der „destruktiven Entwicklung der Produktivkräfte“, wie es in der Anti-AKW-Bewegung entwickelt und beim Kongress 81/82 problematisiert wurde, erneut im AK aufgenommen und die gefährdete Zukunft, die Akzeptanzstrategien der Herrschenden und die Zukunftssängste der Menschen wieder gezielt in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt.

## Bilanz

Machen wir es kurz:

Die erwartete aktuelle außen- wie innenpolitische Zuspitzung und damit einhergehende Destabilisierung des Imperialismus ist bisher nicht eingetreten. Zwar haben sich sich die langfristigen Zukunftsprobleme wirtschaftlicher und ökologischer Art verschärft und verschärfen sich weiter. Zwar hat das imperialistische Lager seine Hochrüstung (trotz, bzw. gerade durch die Abrüstungsverhandlungen ermöglicht) forciert und forciert sie weiter. Zwar hat die BRD außenpolitisch ihren Führungsanspruch in Europa und innenpolitisch den Ausbau des präventiven Sicherheitsstaates ausgebaut und wird das weiter betreiben. Ergebnis der Entwicklung seit '82 ist aber bisher nicht die Destabilisierung des Imperialismus, sondern seine Stabilisierung auf Ko-

sten der Sowjetunion und der nationalen und sozialistischen Befreiungskämpfe in der „3. Welt“ unterhalb der Schwelle eines atomaren Weltkriegs. Ergebnis ist auch nicht die Vertiefung des Mißtrauens gegenüber der SPD von 1982 zu einem allgemeinen Mißtrauen in die Fähigkeit des bürgerlichen Staates zur Zukunftsgarantie, sondern ein neuerliches Vertrauen der Mehrheit „seiner“ Bevölkerung, selbst vieler ehemaliger Linker, in die Integrationskraft und Kraft zur Friedenssicherung seitens der Herrschenden. Die Erweiterung von Rissen in dieser Stabilität zu Brüchen ist zwar — nicht zuletzt angesichts weltweiter Zuspitzung der Konkurrenz im Zuge der „3. industriellen Revolution“ — mit Sicherheit zu erwarten, aber aktuell für die Mehrheit der Bevölkerung nicht abschbar, wenn auch die diffuse Angst bei beliebigen Gelegenheiten immer wieder hervortritt. Es ist den Herrschenden der BRD in den letzten Jahren trotz Arbeitslosigkeit, trotz Tschernobyl u.a.m. gelungen, einen trügerischen Konsens des Gemeinwohls, das gesichert werden muß und von ihnen gesichert werden kann, wenn Ruhe und Ordnung herrscht, aufrechtzuhalten. Anders gesagt: Die Entwicklung des Imperialismus hat aktuell nicht, wie erwartet, bessere, sondern schlechtere Voraussetzungen für die Entwicklung revolutionärer Politik geschaffen.

Wir haben es unter solchen Umständen nicht geschafft, die Zukunftssängste massenhaft in Energien gegen die herrschende Ordnung zu verwandeln. Vielmehr haben sich die Ängste in Kräfte der Resignation, der Anpassung, ja Bewahrung und Erneuerung dieser Verhältnisse verwandelt. Diese Tatsache ist allerdings nicht uns, sondern den Verhältnissen anzulasten, unter denen heute revolutionäre Politik gemacht werden muß. Auf diese objektiv schwierigen Bedingungen dürfen wir uns in der Bilanz sicher berufen.

Das gilt wohl auch noch für die Tatsache, daß die beabsichtigte und bitter notwendige „Antikriegsresolution“ bis heute nicht vorliegt. Sie blieb in den Unklarheiten des Entwurfs von 81/82 und in der überbordenden Praxis der folgenden Jahre stecken. Jetzt können und müssen wir sie allerdings als Bilanz der Friedensbewegung erarbeiten.

Wir haben aber auch subjektive Versäumnisse zu bilanzieren, die nicht verschwiegen werden sollten: — so haben wir nicht konsequent genug versucht, eine neue Zeitungskonzeption zu verwirklichen, in der tatsächlich alle „Rinnale“ der Zukunftsangst, auch ihre kulturellen Reflexe, zu einem Strom zusammengeführt werden. Wir haben immer neue, aber insgesamt halberhitzte Schritte in diese Richtung unternommen, ein erkennbare Linie in diesem Sinne hat der AK, trotz Layout-Korrekturen, bis heute nicht bekommen. Die Angst vor Veränderungen war zu groß. Auch die Berührungssängste vor unorthodoxen kulturellen Vorstellungen waren größer als unsere Fähigkeit, darin die auf Umwälzung zielenden Impulse er-

kennbar und für die Diskussion fruchtbar zu machen.

Auch haben wir es nur in Ansätzen geschafft, die „zeitgemäße und notwendig kritische Aneignung und Verbreitung marxistisch-leninistischer Positionen“ wie beabsichtigt stärker als zuvor zum Bestandteil unserer Zeitung zu machen. Ansätze blieben immer wieder in unerfreulichem Hick-hack hängen oder gingen einfach unter: So haben wir uns in der „Faschisierungsdebatte“ verheddert, so den ersten Ansatz zur Debatte der Gentechnologie in die Sackgasse rennen lassen, so uns beim Einstieg in die Gorbatschow-Debatte ins Abseits manövriert, obwohl in diesen Fragen qualifizierte Arbeiten unsererseits entweder schon vorlagen oder mit entsprechendem Einsatz entwickelbar gewesen wären, nach dem jeweiligen Fiasko auch entwickelt wurden wie in der Gorbatschow-Debatte, wie in der AIDS-Debatte. So blieben und bleiben Analysen wie „Zwischen den Weltkriegen“ u.ä. nach ihrer Veröffentlichung im AK begraben, werden z. B. nicht aktiv in attraktive Broschürenreihen umgesetzt. Das sind verschleierte Kapazitäten! Mensch schau sich mal an, wie z. B. „konkret“ in diesen Fragen verfährt! Das politische Niveau des AK ist inzwischen anerkannt hoch: es könnte höher sein! Die Diskussionskultur im KB/AK ist keineswegs immer kritisch und revolutionär, sondern viel zu häufig auch nur Reflex der allgemeinen Müdigkeit und muffigen Stagnation.

Andererseits schafft die zunehmende Hilflosigkeit reformistischer und (weltweite) Um- bzw. Zusammenbruch bisheriger real-sozialistischer Alternativen zum Kapitalismus ein politisches Vakuum für die Entwicklung einer neuen, über Kapitalismus und Realsozialismus hinausweisenden sozialistischen Kritik, das zugleich ein Imperativ ist, es auch zu nutzen. Von Alternative will ich nicht gleich sprechen. In absehbarem Zeitraum wird sich diese Kritik erst mal im kleineren Kreise zur Alternative entwickeln müssen. Selbst wenn aktuell keine allgemeine Zuspitzung der globalen Konflikte zum Weltkrieg, der nationalen zu einem neuen Faschismus zu beobachten ist, so ist die Angst vor einer unsicheren und katastrophalen Zukunft heute doch mehr denn je berechtigt. Und mehr denn je gilt, unabhängig von der aktuellen politischen Konjunktur, daß es Aufgabe der Revolutionäre ist, die sich unterhalb vordergründiger Beruhigung unaufhaltsam ausbreitende langfristig angelegte Zukunftsangst ernst zu nehmen, ihre Berechtigung nachzuweisen und ihre Energien gegen die herrschenden Verhältnisse zu richten. Auf diesen Ansatz sollten wir uns konzentrieren.

# III. Die Entwicklung der Linken seit 1980

## Eine Bilanz

Der Berichtszeitraum umfaßt das Jahr 1982 — seit unserem Zeitungskongreß — bis Herbst 1988. Zur Verdeutlichung der Ausgangslage wird mit der Umgruppierung der Linken im Prozeß der Gründung der Grünen begonnen.

## Das Jahr 1980

Nach dem 1. KB-Kongreß

### Vorbemerkung

Ende der siebziger Jahre setzte der Niedergang der „K-Gruppen“ und ihre weitgehende Auflösung ein. Die Politikvorstellungen von einer raschen Radikalisierung und Mobilisierung der Arbeiterklasse im Klassenkampf und der Organisation der fortgeschrittensten Teile der Klasse in einer neuen ML-Partei waren gescheitert. Allein der „rechte“ (weil am wenigsten m-lige) Flügel (KB) und der linkssektiererische Traditionsklub (KPD/ML) überlebten. Dazu bildete sich mit dem BWK ein Nachfolger des KBW heraus, der einige Seiten von dessen Politik, besonders den Ökonomismus, übernimmt. Der KB führte seit Ende 1978 öffentlich eine Krisenendebatte, innerhalb derer viele Abschied von der organisierten Arbeit nahmen. Die Ablösung vollzog sich vielfach individuell oder in Fraktionen („Kritik-Fraktion“), die ihre Kritik sowohl an der praktischen Politik und der Organisationsstruktur entwickelten, als auch an theoretischen und historischen Fragen der kommunistischen Bewegung vollzogen.

Parallel dazu bildete sich die grüne Partei heraus, deren Gründungskreise auch auf dem rechten politischen Rand angesiedelt sind (AUD, die GAZ von Herbert Gruhl, die GLU Niedersachsen, die schleswig-holsteinischen Grünen von Baldu Springmann), zu einem nicht geringen Teil aber von Linken aus den aufgelösten „K-Gruppen“ deren Umfeld, sowie von Personen aus dem Dunkelmilieu des SB bzw. früherer sozialistischer Organisationsversuche (Dutsche u.a.) gestellt werden. Die Grünen-Gründung begünstigte die Spaltung und den Zerfall des alten KB, der ein Viertel seiner Mitglieder mit der Z-Gruppe verlor. Ein weiterer Teil Mitglieder des KB verhielt sich im politischen Streit KB-Z um die Grünen und die Mitarbeit in deren Partei-gründungsprozeß als „Mittelgruppe“ unentschieden mit deutlichen Neigungen auszustiegen. Auch sie haben wir verloren.

## 1. KB-Kongreß

Vom 4. bis 6. Januar 1980 hatte der 1. KB-Kongreß statt. Einen Monat vorher war die Trennung von ca. ein Viertel der Mitglieder er-

folgt, die als Gruppe „Z“ (mit einer gleichnamigen Zeitung) schwerpunktmäßig auf den Aufbau der und die Mitarbeit bei den Grünen einstiegen. 250 Delegierte vertraten knapp 1000 KB-Mitglieder, zu der Zeit vermutlich nur noch etwas mehr als die Hälfte der Zahl von Organisierten auf dem Höhepunkt unserer Arbeit (genaue Statistiken sind im KB nie geführt worden). Der KB-Kongreß stand stark unter dem Eindruck der Auflösung der „K-Gruppen“, der Krise der Linken der (von uns im Prinzip verneinten) Behauptung daß diese linke Krise eine „Krise des Marxismus“ sei. In einem Kongreßbeitrag des LG wurde dazu ausgeführt:

„Angesichts der tiefgehenden Identitätskrise der Linken und der modischen Abkehr vom Marxismus ist es die zentrale Aufgabe des KB — als Teil einer dieser Linken — am Marxismus als Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Anleitung zum Handeln festzuhalten. Daß der KB gegenwärtig die wichtigste politische Kraft ist, die diese Aufgabe organisiert, angeht, ist nicht Produkt irgendeines Avantgarde-Anspruchs, den der KB nie gehabt (sondern im Gegenteil von Anfang an bekämpft) hat, sondern ist Teil der gesellschaftlichen Wirklichkeit.“

### Januar 1980:

Kurz nach dem KB-Kongreß hatten im Januar 1980 1004 Delegierte, die 10.000 Mitglieder vertraten, in Karlsruhe mit 90prozentiger Zustimmung und nach heftigen Auseinandersetzungen um Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten die Grüne Partei gegründet. Bemühungen von uns und wenigen anderen Linken, ein starkes linkes Gewicht der bunten und alternativen Listen in die grüne Parteibildung einzubringen, waren defensiv (Frankfurter Beratungskongreß Ende 1979) und nach der Grünen-Gründung nicht mehr zu halten (letzter Kongreß im März 1980 in Münster).

Seit Ende 1979/Frühjahr 1980 beginnen Vorbereitungen einer „Sozialistische Konferenz“ der Linken, die auf einen Vorschlag des aus der DDR freigelassenen Rudolf Bahro zurückgeht. Beteiligt sind politische Strömungen wie die „Komitees für Demokratie und Sozialismus“ (Ex-KBW), die Z (Ex-KB), die Ex-KPDler, die Sozialistischen Studiengruppen, der KB sowie zahlreiche Linksintellektuelle aus dem bisherigen Umfeld des SB und von Zeitschriften wie ProKla und „Argument“. Demgegenüber gerät der Vorschlag der „Komitees“ (Maier und Fücks) für einen „Revolutionären Block“ schnell ins Hintertreffen

und wird von Maier und Fücks nicht weiter verfolgt. Einziges Ergebnis ist im April die Herausgabe einer Broschüre von „Komitees“, Z und KB zu Ökologie und Marxismus.

### März 1980:

Im Frühjahr erreicht in Hamburg die KB-Spaltung endgültig die Bunte Liste, die sich in einen grünen und einen linken Flügel spaltet.

War die Karlsruher Gründungsversammlung der Grünen noch stark von den rechten Spitzen Gruhl, Springmann u.a. dominiert, müssen diese auf dem Saarbrücker Parteitag der Grünen schwere Niederlagen in der Programmdiskussion gegen die Linken hinnehmen. Saarbrücken ist der Beginn des Ausstiegs dieser Rechten aus den Grünen und übt einen neuen Sog auf die verschiedenen linken Strömungen aus, sich der neuen Partei anzuschließen. (Im Juni 1980 haben die Grünen bereits 18.000 Mitglieder). Im KB kommt es zum Konflikt um die Frage der Mitarbeit bei den Grünen, dessen Linien von massiver Mitarbeit nach der Saarbrücker Niederlage der Rechten, über Zweifel, daß die Rechten schon geschlagen sind und man weiter auf das Schmieden der bunt-alternativen Schiene setzen sollte, bis hin zum gezielten Einsatz in ausgesuchten Orten reichen (siehe dazu: Dokumenten-Anhang III/1).

Die Kontroverse wird über die Organisationsöffentlichkeit hinaus in der „Z“-Zeitung publiziert. Im KB wird sie nicht entschieden, doch ändert sich das tendenziell „feindliche“ Herangehen an die Grünen in der Berichterstattung. Als Ergebnis der Debatte erscheinen als Kompromisspapier ein „Arbeiterkampf“ die „Thesen zur Perspektiven der Grünen Partei“ (Dokumenten-Anhang III/2), die eine Verschiebung des dominierenden grünen Spektrums von rechts zur Mitte („Dominanz der „Mittelkräfte“) beschreiben und eine Abspaltung der Rechten für notwendig halten, was mit Sicherheit neue Konflikte bei den Grünen vorprogrammiert. Zur Frage der Mitarbeit bei den Grünen wird festgestellt, daß die Partei „Teil“, aber nicht „Zentrum“ im Prozeß der Herausbildung einer sozialistischen Partei ist, der KB habe „niemals grundsätzlich“ eine Mitarbeit in den Grünen abgelehnt, werde beim derzeitigen Diskussionsstand allerdings weiterhin nur „in geringem Umfang“ mitarbeiten.

Mit einer öffentlich eingestanden Selbstkritik löst sich die KPD (sprich: KPDA/Null) als gescheitert auf. ANull-Kader arbeiten in den Grünen weiter, schwerpunktmäßig in der



AL-Westberlin. Die KPD war nach dem KBW die mitgliederstärkste „K-Gruppe“ (ihre Studenten- und sonstigen Organisationen mit eingerechnet).

#### September 1980:

Der KBW spaltet sich. Eine Minderheit um Martin Fochler gründet den BWK („Bund Westdeutscher Kommunisten“), die Mehrheit folgt Schmierer. Der BWK begreift sich als Wahrer einiger der KBW-Traditionen und pflegt insbesondere den Ökonomismus. Andererseits grenzt er sich zunehmend von der „Sozialimperialismus“-Theorie ab, was später die Kontakte KB/BWK ermöglicht.

#### Oktober 1980:

Einen Rückschlag erleiden die Grünen bei der Bundestagswahl 1980 (Schmidt: Strauß(+) mit dem klaren Scheitern an der 5-Prozent-Klausel. In den Grünen setzt eine heftige Hexenjagd gegen die Z ein, die den Beweis der Läuterung vom Kommunismus antreten soll.

### Das Jahr 1981

#### Sommer 1981:

Das Projekt „Sozialistische Konferenz“ als Diskussions- und Theoretikertreffen der sozialistischen Linken nähert sich seinem physischen Ende. Die Diskussion ist erschöpft. Jetzt geht's an die Absahne. Und die erfolgt linksgrün. Im Sommer wird eine neue links-grüne Monatszeitschrift, die „Moderne Zeiten“ gegründet und vorgestellt. Hauptträger sind die Z-Gruppe und daranhängende Kreise der linken Grünen (BuLi Bielefeld), mit Abstand dann die „Komitees“. Dazu kommen Einzelpersonen aus der SEW (SI), Frieder O. Wolff (Prokla), Karl Nolle (SOAK-Verlag) und Michael Stamm (zu der Zeit Bahroist). Mit Wolfgang Braun und Jens Bünning von der Gruppe „Revier“ wird eine Kooperation vereinbart. Die Aufnahme der SoSt wird angeblich wegen der Ökologiefrage (intern heißt es wegen des „stalinistischen Organisationsverständnisses“ der SoSt) abgelehnt. Die vorgelegte Plattform ist ein Konglomerat aus Links- (gegen den „Politizismus“ des KB, gegen „K- und ML-Gruppen“) und Rechtsabgrenzung (gegen den „Abschied vom Proletariat“) plus neuer Elemente (hervorragende Bedeutung der Ökologie/ Kritik der Produktivkraftentwicklung/ Neubewertung der positiven Staatsfunktionen), als Verbindendes vor allem aber der positive Bezug auf die Grünen. Startauflage der MOZ: 10.000.

(Anmerkung des Chronisten: die MOZ konnte nicht gehalten werden, die Gründerväter sind bis auf einen Jungunternehmer und einen Verschollenen alle bei den Grünen geblieben, allerdings auf sehr unterschiedlichen Flügeln der Partei).

#### Dezember 1981:

Rückt die verbliebene nicht-grüne Linke zusammen? Ende 1981 führt der KB erstmals Gespräche mit den MG (Marxistische Gruppen), die Interesse an einer gemeinsamen Veranstaltung zur Kriegsgefahr haben. In Hamburg gibt es erste Gesprächskontakte KB/BWK. In Baden-Württemberg mit der KG Ulm (Ex-KABD).

In Hamburg wird unter KB-Beteiligung die „Alternative Liste“ mit mehr als 600 Mitgliedern gegründet. Die AL strebt ein zu dieser Zeit noch nicht zustandegekommenes Bündnis mit den Grünen zur Bürgerschaftswahl im Juni 1982 an. Die AL ist ein diffuses linkes Konglomerat diverser nicht-grüner Personen und Gruppen, die ein nicht ausdiskutiertes, irgendwie sozialistisches Grundverständnis haben, real vor allem ein Zweckbündnis gegen die Machtpolitik des von der Z geführten grünen Landesverbandes.

Zwei Demonstrationen gegen den Besuch Breschnevs in der BRD finden statt. Die größere von der CDU, die kleinere von Grünen, den rechten Grünen Schleswig-Holstein (Springmann), dem BBU und Juso-Gruppen sowie von KBW, KPD/ML, KABD. Zwischen 5.000 und 10.000 Menschen nehmen an dieser Demonstration teil, die nach Absicht insbesondere ihrer grünen Initiatoren im Verbund mit den Anhängern der These vom „Sozialimperialismus“ aus den ML-Gruppen einen antisowjetischen Flügel der „Vaterlandsverteidigung“ in der Friedensbewegung begründen soll. Ausdrückliche Stellung genommen gegen diese Demo haben der KB, die GIM, die Hamburger Grünen und die DKP.

### Das Jahr 1982

#### Januar 1982:

#### 2. KB-Kongreß

Am 16. und 17. Januar findet in Hamburg der 2. KB-Kongreß statt, an dem Vertreter der SoSt, des KBW, BWK, der FAU, der Z, der MG, ein Redakteur der TAZ sowie ein Vertreter der britischen Big Flame und des chilenischen MIR als Gäste teilnehmen. Der KB war zur Zeit seines Zusammenstehens schwer von der beschriebenen Entwicklung gebeutelt. Nur noch ein Drittel seiner einstmaligen Mitgliedschaft war organisiert (120 Delegierte vertraten etwa 650 Mitglieder), die Auflage der Zeitung hatte sich ebenfalls gedrittelt, eine Stabilisierung von Organisation und Zeitungsauflage war noch nicht erkennbar. Schwerpunkt der zweiten Beratungen waren die „Thesen zur Perspektive des ARBEITERKAMPF“ (Dokumenten-Anhang zu I.) und der Antrag der Umbenennung unserer Zeitung in „Fünf vor zwölf“. Der Kongreß stand ganz im Zeichen der Umgruppierung auf der Linken, der Herausbildung der Strömungen „Modernen Sozialisten“ und der grünen Parteibildung. Dazu wurde in These 6

festgehalten:

„Auf der Linken findet zur Zeit eine Umgruppierung statt, die sichtbar mit der Entstehung grüner/hunter Listen 1977/78 begonnen hat und die noch nicht abgeschlossen ist. Wahrscheinlich wird diese Umgruppierung auf die Bildung einer Reformpartei hinauslaufen, die sich von der SPD aufgebende Elemente des Sozialdemokratismus wieder aneignet. In diesem Parteibildungsprozeß treffen Kräfte, die sich auf die SPD zubewegen („Moderne Sozialisten“, „Undogmatische Sozialisten“, Teile der Grünen und Alternativen) zusammen mit Kräften, die sich von der SPD wegbewegen. Der zukünftige Spielraum einer solchen „authentischen“ sozialdemokratischen Reformpartei wird wesentlich davon abhängen, wie weit die SPD ihr diesen Raum überläßt oder aber — durch Rückverschiebung des eigenen Standorts in Richtung „links“ — wieder streitig macht. Die Strömung des „Modernen Sozialismus“ muß in diesem linkssozialdemokratischen Parteibildungsprozeß als der linke Flügel betrachtet werden, der noch einige Elemente der marxistischen Gesellschaftsanalyse und einer revolutionären Strategie bewahrt.“

In These 7 sieben wird die Haltung des KB zum Parteibildungsprozeß auf der Linken definiert, insbesondere in Abgrenzung zu neulinken Tendenzen zur „Auslöschung“ mit dem Staat, dem Bruch mit Lenins Staats- und Imperialismus-Theorie:

„Die Herausbildung einer Partei links von der SPD ist unter den objektiven Bedingungen ein notwendiger Zwischenschritt im Entstehungsprozeß einer revolutionären Partei und insofern progressiv. Die Dokumentation und kritische Förderung der Herausbildung einer solchen linkssozialdemokratischen Partei gehört zu den Aufgaben unserer Zeitung. Eine solche Partei macht aber besondere revolutionäre Organisationen keineswegs überflüssig. Unser Verhältnis zu diesem Parteibildungsprozeß ist daher nicht nur durch Bemühen um Zusammenarbeit, sondern auch durch umfassende Auseinandersetzung und inhaltliche Abgrenzung gekennzeichnet. Vordringlich ist dabei die Zurückdrängung aller Spielarten der Vaterlandsverteidigung und des Nationalismus, der momentan über eine unheilvolle Allianz von alten MLern und linken Sozialdemokraten sowohl in dem Bildungsprozeß einer neuen Partei (einschließlich der Grünen) als auch in der Friedensbewegung beunruhigende Ausmaße annimmt. Es wäre der Tod der Friedensbewegung, wenn diese Strömungen die Hegemonie gewinnen würden.“

Aus den genannten Verhältnissen und Entwicklungen ergibt sich die Notwendigkeit, den KB als autonome Organisation zu bewahren, statt ihn in der breiteren Strömung der „Neuen Sozialdemokratie“ aufgehen zu lassen. Die Herausgabe einer Zeitung, die die spezifischen Ansichten und Vorschläge des KB vorträgt, und für die eine möglichst große Verbreitung angestrebt wird, ist das zentrale

Instrument, um die politische Rolle des KB zur Geltung zu bringen.“

#### Januar 1982:

Ein KB-Vertreter nimmt an der Konferenz der Gruppe „Neue Hauptseite Theorie“ (NHT) in Frankfurt teil. In den folgenden Jahren publizieren Vertreter dieser Gruppe (Karuscheit, Schröder) wiederholt im AK.

Die SoSt sind um Kontakt bemüht. Interesse nach Diskussion der Staatsfrage wird bekundet. Dabei bleibt es.

Im KB bildet sich eine Schulungskommission, die es sich zur Aufgabe stellt, Theoriebildung zu betreiben, schwerpunktmäßig wichtige Texte von Marx, Engels, Lenin zu schulen. Es wird das Mittel einer Multiplikatorenschulung eingeführt.

#### April 1982:

Unter Führung der aus der SPD ausgetretenen bzw. ausgeschlossenen Bundestagsabgeordneten Hansen und Coppel gründet sich die Arbeitsgemeinschaft DS („Demokratischen Sozialisten“). Coppel und Hansen haben sich als Kritiker des Schmidt'schen „Nachrüstungsbeschlusses“ profiliert und hoffen auf die Unzufriedenheit in der SPD. Das erste Frühlingsforum der DS in Recklinghausen lockt ca. 1.300 Menschen. Doch das war bereits die höchste Mobilisierung. Die DS werden von Coppel und Hansen auf einen Weg schneller Parteigründung gebracht, statt Initiator eines nicht-grünen linken Diskussions- und Organisationsprozesses werden zu können. Die reale Anziehungskraft auf SPD-Mitglieder bleibt gering, in der Minderheit bestehen die DS-Aktiven aus ehemaligen Sozialdemokraten, mehrheitlich aus Resten der organisierten Linken (vor allem Trotzkisten), Gruppen wie SoSt und „Revier“ sowie aus gespannt abwartenden Beobachtern, die für alle Fälle den Anschluß nicht verlieren wollen (so sind vor allem Zler, linke Grüne und auch KBler dabei). Der KB hat im AK den Schritt raus aus der SPD und des Aufbaus einer „Links-SPD“ begrüßt: „Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt.“

In Hessen gibt es unter Beteiligung des KB und Alexander Schubarts Bemühungen um eine Alternative Liste, die aber nicht in ausreichender Breite, um Druck auf die Grünen zu machen, zustandekommt. Die Grünen können Schubart sogar die Kandidatur auf ihrer Liste verweigern.

#### Juni 1982:

Bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen tritt die GAL als Organisationsverbund aus den beiden selbstständigen Einheiten grüner Landesverband und AL zur Wahl an. Unter schwierigen Bedingungen und heftigen Auseinandersetzungen zwischen Z und KB, der von einer Kandidatur ausgeschlossen werden sollte, kommt es im Frühjahr 1982 doch noch zu einer paritätischen Vereinigung zwischen den beiden Gruppen. Heftig umstritten ist die

Politik einer konditionierten Tolerierung gegenüber der SPD. Durchgesetzt hat sich die vom KB eingebrachte Position einer an einen Katalog von Tolerierungsforderungen gebundenen Tolerierung einer SPD-Minderheitsregierung (bei Ablehnung jeglicher Koalition) gegen die einer flexiblen Handhabung inhaltlicher Positionen (Ebermann/Reents). Die GAL erreicht mit 7,7 % ein gutes Ergebnis und die „Hamburger Verhältnisse“ der Unregierbarkeit. Das GAL-Tolerierungsangebot an die SPD kommt zum Tragen. Zum erstenmal muß sich die SPD unter Dohnanyi Gesprächen mit der grün-alternativen Opposition stellen, die im Oktober scheitern und im Dezember zur Neuwahl führen.

Die Hamburger DKP hat einen Antrag ihres Mitgliedes (und seit Juni GAL-Abgeordneten) Udo Hergenröder abgelehnt, in der AL mitzuarbeiten, die GAL zu wählen und nicht als feindliche Organisation zu behandeln sowie auf eine eigene Kandidatur zu verzichten. Hergenröders Ausschuß aus der Partei wird eingeleitet.

In Hessen setzen die Grünen eine Allein-kandidatur durch. In Abgrenzung zur GAL wird eine SPD-Tolerierung abgelehnt und stattdessen ein Warenkatalog von Forderungen aufgestellt, über den mit allen Parteien verhandelt werden könne.

#### August 1982:

Seitens des KB beginnen eine Reihe von Gesprächen mit der Gruppe „Revier“, die über den Grünen-Kurs der Z enttäuscht ist und aus der MOZ ausscheidet. Eine praktische Zusammenarbeit wird mit der von „Revier“, Falken und Jusos in NRW gebildeten ISS („Initiative Soziale Sicherheit“) gegen den Sozialabbau vereinbart. Die ISS-Gruppen schlafen nach der Bundestagswahl 1983 ein.

Hervorgegangen aus dem 1972 gegründeten Zirkel KABD (mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg) gründet sich gegen den sonstigen M-L-Trend die MLPD („Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“) als neue Partei der Arbeiterklasse national. Die Zahl der Mitglieder ist nicht bekannt.

#### September 1982:

In Hessen beginnen die „hessischen Verhältnisse“. Die CDU wird zwar stärkste Partei, doch die FDP fällt raus. Die Grünen werden mit hervorragenden 8 % regierungsbildungsentscheidend. Die rot-grün Episode der Realos nimmt ihren Vorlauf. Vorerst regiert ein gewisser Holger Börner (SPD) mit Minderheitsregierung weiter.

#### Oktober 1982:

Historischer Regierungswechsel in Bonn: Die FDP kündigt über ein Mißtrauensvotum gegen Kanzler Schmidt die Koalition mit der SPD auf und die mit CDU/CSU an.

Auf der Linken beginnen Vorbereitungen für die Bundestagswahlen 1983. Die Grünen

können den Druck für ein bundesweites Wahlbündnis nach Hamburger GAL-Vorbild souverän abwehren und beschließen lediglich die Öffnung ihrer Wahllisten für Einzelpersonen. Damit blitzen die DS mit ihren Bemühungen um ein Wahlbündnis ebenso ab, wie wir mit dem Versuch eines Treffens der Rest-ALs (unter Beteiligung von DS-Gruppen) auf einer Beratung der Hannoveraner GABL, deren Ergebnisse die Grünen problemlos ignorieren können. Mit Ausnahme von Zoff zwischen AL und Grünen in der Hamburger GAL und wenigen örtlichen Konflikten ziehen die Grünen die Kandidatur zu ihren Konditionen durch.

Die ISP („Initiative Sozialistische Politik“) — Nachfolgeorganisation der Z und Mitglieder-Trägerkreis der MOZ — hält im Oktober eine Konferenz ab. Die „Revier“ ist ausgetreten (Erklärung wird im AK veröffentlicht). Zwischen der Z und den KDS (Maier und Fücks) sowie der SI (Gukelberger) gibt es Konflikte um die Zusammenarbeit. Es wird eine Trennung vereinbart. Die MOZ stagniert, von 1.850 Abos und nur 5.000 verkaufter Auflage dieses ehrgeizig angetretenen Projekts wird berichtet.

#### Dezember 1982:

In Hamburg scheitert bei der Neuwahldiskussion in der GAL der Versuch aus den Reihen der ISP/MOZZ, die Tolerierungslinie gegenüber der SPD neu zu bestimmen. Jürgen Reents trägt einen Antrag in die GAL, der eine abgemilderte Form dessen ist, was Willi K. Golttermann in der MOZ scharfe Anti-SPD-Propaganda bei weitgehender Unterstützung der SPD im Parlament nennt. Reents scheidet gegen die konditionierte Tolerierungspolitik (Forderungskatalog mit Bruchpunkten). Keine Unterstützung erhält Zler und Ex-KBler Günter Hopfenmüller für seinen Vorschlag einer einzigen Tolerierungsforderung aus dem Ökologiebereich: Die SPD soll die Hafenerweiterung aufgeben (hat sie in der geplanten Form mittlerweile unterliefern getan). Die GAL erlebt bei der Neuwahl das erstmalige EM-Effekt, der fortan Basis-Motor für die grüne Realpolitik und Parlamentarisierung werden soll: Ein nicht unerheblicher Teil grüner Protest-WählerInnen wünscht ein stärkeres Nachgeben gegenüber der SPD. Dohnanys Coup des Abbruchs der Gespräche mit der GAL und der Schuldzuschreibung an diese ist erfolgreich. Die SPD erreicht die absolute Mehrheit, die GAL kann zwar ihre Stimmen halten, sackt aber auf 6,8 %.

Parteigründung der DS: Die ISP ist auf dem Parteigründungskongreß — der zu einer Zeit erfolgt, wo die DS ihren Zenit bereits überschritten haben — aus den DS wegen deren „Grünen-Feindlichkeit“ ausgetreten. Auch die SoSt steigen aus: wegen „SPD-Feindlichkeit“.

Die übrigen verbliebenen linken Gruppen kommen zu den Bundestagswahlen nicht zusammen. Die MLPD hält alle übrigen für zu opportunistisch und kandidiert allein. Die

GIM („Gruppe Internationaler Marxisten“, Sektion der IV. Internationale) konnte sich mit ihrem Vorschlag der Aufstellung gemeinsamer Direktkandidaten und Zweitstimme für die SPD nicht durchsetzen. Verbleiben BWK und KPD/ML, die eine gemeinsame revolutionäre Kandidatur in ausgewählten Bundesländern verabreden.

### Zusammenfassung der wichtigsten Entwicklungslinien:

Die Grünen haben sich nach dem Tief der Bundestagswahl 1980 konsolidiert und zeigen mit mehreren Wahlerfolgen aufstrebende Tendenzen. Die von uns in der Gründungszeit stark in den Vordergrund gerückte Gefahr der rechts-konservativen Strömungen in den Grünen wird nach deren Niederlage auf dem Saarbrücker Programmkongress bereits im März 1980 zunehmend geringer, wird entgegen unserer Einschätzung ihrer Bedeutung zu einem Nebenproblem der Entwicklung der Grünen. Hingegen schälen sich bereits die beiden Hauptflügel der Auseinandersetzung der nächsten Jahre um die Frankfurter Spontis in Hessen (Realos) und die Ex-KBler in Hamburg (Ökosozialisten/Fundis) heraus. Dabei geht es um die Frage des Mitmachens nach den Regeln des parlamentarischen Betriebs einerseits, um die Bündnispolitik gegenüber der SPD andererseits. Die Linksgünen mit ihrem Projekt „Moderne Zeiten“ werden vorübergehend zum attraktivsten Anziehungspunkt derjenigen Linken, die als Sozialisten zu den Grünen kommen. Die Strömung der Modernen zieht aus der Konkurrenzmasse der „Sozialistischen Konferenz“ den meisten Profit.

Die nicht-grüne sozialistische Linke macht Jahre ihrer schwersten Krise durch. KPD und demnächst auch der KBW sind aufgelöst und arbeiten zu einem Teil in den Grünen mit. Die eher gewerkschaftlich- oder SPD-orientierten Gruppen wie SoSt und „Revier“ ziehen sich nach kurzen Intermezzen bei den Linksgünen (MOZ-Redaktion) wieder zurück. Die DS hatten nach dem Regierungswechsel im Herbst 1982 und der Übernahme der Oppositionsrolle für die SPD sowie mit dem Scheitern einer Bundestagskandidatur ihren Höhepunkt überschritten, noch bevor diese Organisation ein inhaltliches Profil gewinnen konnte. Bei den „Sozialistischen Konferenzen“ dominierten die modernen sozialistischen Strömungen, die sich zeitig der Ökologiefrage angenommen hatten und sich mit ihrer ganzen Existenz auf die Grünen bezogen.

Allein der KB versuchte als Organisation der Linken im grün-bunten Konzert mitzuspielen und konnte zeitweise noch Einfluss in Teilen der Grünen (Hannover, Göttingen, Hamburg, erst später in Westberlin) nehmen. Das Konzept alternativer Listengründungen als Bündnispartner gegenüber den Grünen funktioniert nur da, wo die Linke sich organisiert in diese Gründungen begibt. Am Beispiel der

Ökologiedebatte war offensichtlich, daß es uns nicht gelang (nicht gelingen konnte?), die Fragen der Umweltprobleme theoretisch so zu verarbeiten, daß sie Teil kommunistischer Politik waren. Die Aneignung der Ökologie als Bestandteil von KB-Politik scheiterte an den Abgrenzungsaueinandersetzungen. Die linksgrüne Besetzung der Ökologie diente zur ökosozialistischen Modernisierung in Abgrenzung gegenüber als überholt angesehenen Formationen, wie dem KB, der den Modernen Sozialisten als zu vernichtender Konkurrent galt. Spiegelbildlich verteidigte der KB wohlmeinend, doch manchmal recht unbeholfen, seine eigene Existenz gegen den modernen Trend mit der Parole „Verteidigt den Marxismus“, indem er einige Essentials der kommunistischen Bewegung für sich reklamierte (siehe zum 1. Kongress „Krise der Linken – Krise des Marxismus“, siehe zum 2. Kongress „Thesen zur Entwicklung des Arbeiterkampf“), die längst nicht alle daraufhin geklärt und diskutiert waren, wieweit sie heute noch anwendbar sind. Vielmehr war das Eingreifen des KB mehr von der prinzipiellen Unversöhnlichkeit gegenüber dem kapitalistischen Staat und der Sozialdemokratie, als von theoretischer und programmatischer Klarheit bestimmt.

Zunächst unberührt von den Krisenerscheinungen der Linken schienen die Gruppierungen zu bleiben, die sich aus der grünen Entwicklung völlig raushielten: DKP, GIM, KPD (ML).

### Das Jahr 1983

#### Januar 1983:

Die Grünen verabschieden nach vorangegangenen heftigen Differenzen zwischen dem ökosozialistischen und dem nur-ökologischen Flügel in Sindelfingen ein gemeinsames Wirtschaftsprogramm, dessen Erfolg die Ökosozialisten darin sehen, daß es Eingriffe in das Privateigentum für zulässig erklärt.

In Bremen wird das BAB („Betrieblich Alternatives Bündnis“) gegründet, ein Zusammenschluß unorganisierter linker KollegInnen und Mitgliedern aus ArPo, DKP, KPD/ML aus zahlreichen Bremer Betrieben (Schwerpunkt Metallbetriebe/Klöckner). Das BAB nimmt Kontakte zur AL Bremen (in der der KB eine starke Rolle spielt) auf. Von den Grünen wird es als traditionssozialistisch angegriffen. Die Bremer DKP beteiligt sich an dieser Entwicklung erstmals ernsthaft mit der Perspektive eines Wahlbündnisses mit der grün-alternativen Szene ohne dabei direkt als Partei Mitglied des Bündnisses zu sein.

Das gemeinsame Wochenendseminar mit „Revier“ in Duisburg wird zum Flop. Entgegen der Vereinbarung taucht „Revier“ mit 3 Leuten auf, was bei uns den Verdacht nährt, daß hinter dieser Gruppe nicht viel Organisiertes mehr steht.

#### März 1983

Bundestagswahl: CDU/CSU und FDP werden bestätigt; die Grünen, zu deren Wahl wir aufgerufen haben (Gegen „Nachrüstung, für Grüne, „Ein grünes Kreuz für die weiße Taube!“), werden mit knapp über 5% erstmals gewählt. Das beste Länderwahlergebnis erzielen mit 9,4% die Bremer Grünen.

Fast unbemerkt und sang- und klanglos löst sich der KBW auf. Das ansehnliche Vermögen verbleibt in Händen der Führungsgruppe um Schmieder. Die Wochenzeitung KVZ, die angeblich einmal 50.000 Auflage gehabt haben soll, wird eingestellt. An ihre Stelle tritt unter Regie der bisherigen KBW-Führer die „Kommune – Forum für Politik und Ökonomie“, die „unabhängig“ sein soll.

#### Mai 1983:

In Bremen gründet sich aus AL, BAB und Initiativen, getragen von politischen Organisationen wie DKP, KB und Mitgliedern der „Gruppe Arbeiterpolitik“ die „Betrieblich Alternative Liste“ (BAL) mit über 300 Mitgliedern. Vorher hatten die Bremer Grünen ein Zusammengehen abgelehnt, sich scharf von den politischen Organisationen in der BAL abgegrenzt und eine Alleinkandidatur beschlossen. Außerdem wird die rechte BGL („Bremer Grüne Liste“) kandidieren.

#### Juni 1983:

Mit dem BWK wird über den Austausch von Artikeln geredet.

Die türkische Organisation Dev Yol, mit der wir in der Vergangenheit gut zusammengearbeitet haben, steht an der Frage der weiteren Perspektive (vergrößert: Schwerpunkt Kampf gegen den türkischen Faschismus oder Immigrantennarbeit) vor der Spaltung.

#### August 1983:

Heftiger Streit in der Hamburger AL, die mehrheitlich die Kandidatur der BAL in Bremen unterstützt. Die AL-Minderheit droht mit Spaltung, falls eine Unterstützung beschlossen wird. Die AL beschließt nicht. Die Hamburger Grünen veranstalten am BAL-Konflikt ein Anti-KB-Tribunal wegen der Zusammenarbeit mit der DKP (Wortführer: Thomas Ebermann und Michael Stamm).

#### September 1983:

Großer Wahlsieger in Bremen wird die SPD. Klarer Sieg im alternativen Rennen für die Grünen: Sie erreichen 5,4%, die BGL 2,4%, die BAL kommt nur knapp an das 1979er Ergebnis der AL (1,4%) heran. Das Experiment BAL ist nicht nur an dem eigenen schlechten Stimmresultat gescheitert, sondern auch am Einzug der Grünen, die nach der BGL 1979 zum zweiten Mal der Linken das Nachsehen gaben.

#### November 1983:

„Nachrüstungsdebatte im Bundestag. Die Grünen erreichen einen der Höhepunkte ihrer parlamentarischen Oppositionsrolle, indem

sie nahezu die gesamte Bandbreite der Positionen der Friedensbewegung in der von der Öffentlichkeit stark registrierten Bundestagsdebatte vortragen. Sie endet mit dem Beschluß zur Raketenstationierung.

Die Grünen und die AL Berlin beschließen auf dem Bundesparteitag der Grünen in Duisburg einen Zweijahresvertrag mit der AL als grüner Landesverband, die damit auch in die grüne Partei integriert ist.

Einen Durchbruch für die grüne „Realpolitik“ bringt die hessische Landesversammlung in Petersberg-Marbach. Sie billigt ihrer Verhandlungskommission zu, mit der SPD den Deal um die Verabschiedung zweier Haushalte und die Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten für den Fall vorzunehmen, daß man in einigen Politikbereichen eine nicht näher definierte Einigung findet.

Zwischen dem KB und einer Fraktion der Autonomen in Norddeutschland, der „Fallingb.-Fraktion“ (in Anspielung auf die Auseinandersetzung um den NPD-Parteitag in F.) kommt es zum heftigen Bruch. Wegen Veröffentlichung eines öffentlich zugänglichen Fotos im AK werden wir als „Linker Flügel des BKA“ bezeichnet. Die Gruppe stürmt in Hamburg die Räume der Redaktion und kauft Materialien.

#### Dezember 1983:

Erstmals (und auch das einzige Mal) erscheint eine gemeinsame Beilage von KB und BWK zu ihren Zeitungen. Die Beilage „Grüne Ostpolitik“ findet insbesondere im BWK eine positive Resonanz.

### Das Jahr 1984

#### Januar 1984:

Insbesondere vom BWK wird das Projekt des Zusammenschlusses der „Revolutionären Sozialisten“ vertreten. Als Vorstufe einer angestrebten Theorie-Zeitschrift soll eine „Gemeinsame Beilage“ zu den bestehenden Organen erscheinen, die erstmals im Januar herauskommt und dem AK beiliegt. Hauptbetreiber des Projekts sind der BWK und die KPD/ML, die auch gemeinsame ZK-Vollversammlungen durchführen. Eingeladen sind zu dem Beilage-Projekt der KB, die Gruppe NHT („Neue Hauptseite Theorie“, Zeitschrift „Aufsätze zur Diskussion“, einer ihrer Köpfe – Heiner Karsch – hat bis 1986 mehrfach im AK publiziert), die FAU und andere anarchistische Gruppen.

#### Februar 1984:

Gemeinsames Treffen mit dem BWK zur „Frauenfrage“ wird von unseren Genossinnen als sehr „konservativ“ eingeschätzt.

Die DKP ist an einzelne Genossen von uns herantreten, um sie für ein Wahlbündnis-Projekt „Friedensliste“ für die Europawahlen zu gewinnen. Wir lehnen dankend ab,

#### März 1984:

Zwischen BWK und der B&G-Kommission des KB kommt es zu einem Treffen zur Bewertung der 35-Stundenwoche/Gewerkschaften. Dies Treffen wird als fruchtlos und unergiebig gewertet.

#### Juni 1984:

In der Hamburger GAL werden Siege besiegt. Nach der BAL-Niederlage in Bremen soll der KB in der AL auf die Knie. Eine GAL-Kommission soll eine Art modifizierten UVB gegen den KB unter dessen Mitwirkung erarbeiten. Der verweigert dies und erklärt schriftlich seine vollständige Unabhängigkeit von der GAL und AL. Um den zahlreichen Einzelmitgliedern des KB in der GAL ihre Tätigkeit gegenüber dem Distanzierungsdruck zu erleichtern, wird öffentlich erklärt, daß diese in „beliebigem Abstand“ zum KB arbeiten. Während dies von KB-Feinden als „Hundsgemeinheit“ gewertet wird, wird es KB-intern als „geordneter Rückzug“ gesehen.

#### September 1984:

Schwere Krise in der MOZ. Schon seit längerem sinkt die Auflage, steht es schlecht um die Finanzen. Streit taucht auf um die Art der Parlamentsarbeit und die Haltung zur SPD. Entflamm ist der heftige Konflikt (zunächst) an der Zustimmung des Z-Bundestagsabgeordneten Reents zu einer Allparteien-Resolution zu Afghanistan. Insbesondere Michael Stamm wirft Thomas Ebermann und Rainer Trampert „Fundamentalismus“ vor. Diese wiederum verzichten ebenso wie Frieder O. Wolff und Willi K. Goltermann (der danach Plattenunternehmer wird) kurzerhand auf eine organisierte linke Zusammenarbeit und treten aus der MOZ-Redaktion aus. Die Mitgliederversammlung der ISP beschließt die Einstellung der MOZ und den Verkauf derselben an die Zeitschrift „Kommune“, die Chefredakteur Schmieder als grün-pluralistisches Monatsblatt mit Neigung zu den rechteren grünen Strömungen betreibt. Die ISP beschließt als Mitgliederzusammenhang bestehen zu bleiben. Nach dem ISP-Zirkular erscheint seit 1985 ihre Mitgliederzeitschrift „Turbulenzen“.

Die DKP bekommt Schwierigkeiten mit ihren Intellektuellen, die sich von der Enge der Partei-Debatte über Kultur und Bündnispolitik befreien wollen. Thomas Neumann und Michael Ben werden ausgeschlossen. Sie gründen zusammen mit dem Lyriker Peter Maiwald die Kulturzeitschrift „Düsseldorfer Debatte“, die im Juni 1988 ihr Erscheinen einstellt.

#### Oktober 1984:

Unbemerkt von der Öffentlichkeit tut sich Sensationelles. Die trotzkistische GIM und die stalinistische KPD/ML kommen sich näher. Ausgehend von Zusammenarbeit und gleicher Einschätzung zu den Gewerkschaften/35-Stunden-Week sowie „Marsch gegen

Rassismus“ vereinbaren beide Organisationszentralen, an einem Verschmelzungsprozeß der Organisationen entlang von Programm- und Statutentwurf zu diskutieren.

#### November 1984:

Im hessischen Lich haben die Realo-Grünen überraschend das Tolerierungsbündnis mit der SPD an der Unvereinbarkeit der Politik gegenüber den Hanauer Nuklearfabriken Nukem und ALKEM platzen lassen. Gleichzeitig haben erstmals Grüne einen Beschluß gefaßt, der für die Zukunft die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD beinhaltet.

In Hamburg beschließt die Alternative Liste mit großer Mehrheit die Auflösung und empfiehlt den Mitgliedern den bedingungslosen, individuellen Eintritt in die Grünen.

#### Dezember 1984:

In Hamburg findet der Parteitag der Grünen statt. Der Konflikt in der MOZ kommt hier offen zum Ausdruck: Thomas Ebermann und Bundesvorsandssprecher Trampert formulieren zusammen mit Bahro – der ganz auf spirituellem Trip ist – einen fundamentalistischen Antrag, der auf die radikale ökologische Alternative setzt, das Ende der SPD vorhersagt und auch eine Tolerierung der SPD nicht mehr vorsieht. Erstmals ist dieser Kongress von den neu sich herausbildenden Flügeln Fundis und Realos bei den Grünen geprägt. Ebermann/Trampert erhalten Unterstützung von Antje Vollmer/Christa Nickels. Kurz vorher ist von E/T das Buch „Die Zukunft der Grünen“ erschienen, das eine radikal-ökologisch-sozialistische Ausrichtung der Grünen versucht und dabei vor allem von zwei Thesen ausgeht: Die grüne Wahlzukunft ist nach den Erfolgen in Hamburg, Hessen und Baden-Württemberg stabil („Langfristig gesicherte Existenz“), das grüne Wählerpotential ist nicht in das etablierte Parteiensystem reintegrierbar, sondern radikal; die SPD schließlich habe abgewirtschaftet und ihre Glaubwürdigkeit als Opposition verloren. Diesen Platz könnten zunehmend die Grünen einnehmen.

Zwischen BWK und KB findet ein Gespräch auf Leitungsebene statt, das enttäuschend endet. Es kommt nicht zu inhaltlicher Annäherung; es erweist sich vor allem, daß das Politikverständnis zwischen beiden Organisationen sehr weit auseinandergeht. Gegenüber den Grünen vertritt der BWK ignorant die Meinung, hier vollziehe sich ein – für Revolutionäre zu vernachlässigender – Parteibildungsprozeß der Mittelschichten. Demgegenüber stellt er sein Konzept prinzipienloser Sammlung „proletarischer Parteikeime“, womit vor allem linke Gewerkschaftsgruppen und DKP gemeint sind.

Eingeleitet durch eine Sonderausgabe des Organisations-Bulletins beginnt im KB die Debatte um die Revision unserer Faschisierungs-These. Insbesondere aus Teilen der alten Antifa-Kommission wird Einspruch ge-



gen die Publizierung der Arbeitsergebnisse von F. erhoben.

### Zusammenfassung 1983/84

Die Grünen haben sich auf der Ebene der Wahlergebnisse stabilisiert, insbesondere mit dem Einzug in den Bundestag. Gleichzeitig schält sich in Ansätzen die spätere grüne Realpolitik heraus. Sie hat ihre materielle Basis in der sprunghaft angestiegenen Zahl grüner Mandatsträger (hunderte) auf allen Ebenen, deren Aufgehen im kommunal- bis bundespolitischen Alltagsgeschäft die „Verparlamentarisierung“ der Partei befördert. Zum anderen in der real existierenden Wählerbasis der Grünen, die zunehmend wieder die SPD dann als kleineres Übel will, wenn es zu entsprechenden Konstellationen kommt. Die grüne Strömung der „Realos“, die — auf Parteitage immer in der Minderheit — sich gerade auf diese „Verparlamentarisierung“, die Zusammenarbeit mit der SPD und die „Verstaatlichung“ ihrer Politikformen in den Institutionen, stützen kann, wird in der Alltagsarbeit der Partei stärker. Darüber können auch die Siege der Linken auf den Parteitagen nicht hinwegtäuschen.

1984 ist aber auch der Beginn des Abstiegs der Links-Grünen. Er begann mit der Durchsetzung der grünen Alleinkandidatur zu den Bundestagswahlen anstelle von Wahlbündnissen oder der bundesweiten GAL. Insbesondere die Auflösung der MOZ beschleunigte den Niedergang sowie das Auseinanderdriften der Sozialisten bei den Grünen. In die Krise geriet diese Strömung an der Frage der Strategie gegenüber der SPD. Angesichts der Realo-Entwicklung der Partei verzichteten die Gallionsfiguren der MOZ, Ebermann und Trampert, auf ihr wahlstrategisches Plus einer bruchbereiten Tolerierungspolitik, die sie fortan durch stärkeren Fundamentalismus ablösen. Höhepunkt dieser Politik war das unselige Hamburger Bündnis Ebermann/Trampert/Bahro.

Auf der nicht-grünen Linken war das Konzept der Alternativen Listen insbesondere mit dem abgelehnten Bündnis zur Bundestagswahl und der Bremer Wahlniederlage gescheitert. Die AL Berlin war Teil der Grünen geworden, in der Hamburger AL war es im wesentlichen der KB, der deren selbständige Position hielt, die er 1984 aufgab.

### Das Jahr 1985:

Februar 1985:

Der AK macht den Vereinigungsvorgang zwischen GIM und KPD/ML öffentlich. Schwerpunkt der kritischen Auseinandersetzung ist das Herausarbeiten des opportunistischen Vereinigungsprozesses sowohl in inhaltlichen Fragen (Sowjetunion) als auch in organisatorischen (Haltung zur IV. Internationale). In der KPD/ML läuft mittlerweile eine

heftige Krisendiskussion, in der deutlich wird, daß es eine anti-trotzkistische Minderheit von knallharten MLern gibt.

März 1985:

Gezielt auf die Organisationen der „Gemeinsamen Beilage“ und unter Einbeziehung des Vereinigungsprozesses GIM/KPD veröffentlicht das LG des KB in der „Beilage“ seinen Vorschlag „Betrifft: Zusammenführung sozialistischer Kräfte“ (**Dokumentenanhang**). Kritisiert wird ein Vereinigungsverfahren, das nicht Streit und Klärung vor Zusehensmenschafft setzt. Kritisiert werden Konzepte wie die „Volksfront“ oder Parteibildungsvorstellungen der Zusammenführung aller Gruppen von MLPD bis GIM, ohne ausreichende Auseinandersetzung mit den jeweiligen inhaltlichen Vorstellungen. Vorgeschlagen wird die Öffnung der bisherigen internen Debatten und der Versuch des gegenseitigen inhaltlichen Bezugs aufeinander in einem noch zu schaffenden Organ. Die „Beilage“ könnte als Ausgangspunkt hierfür genommen werden. Als zweites wird eine engere Schulungs- und Veranstaltungszusammenarbeit vorgeschlagen. Zum Dritten sollte eine gemeinsame Debatte um zentrale Fragen sozialistischer Politik geführt werden. Neben historischen Themen (KPD, Sozialfaschismus, RGO; Stalin; Trotzk; Volksfrontpolitik; China, Kulturrevolution, chinesische Revi-Kritik) sollten die Einschätzung der SU, die Bewertung des Kräfteverhältnisses in der Welt, Bewertung der Kriegsgefahr diskutiert werden. Dazu die Einschätzung von SPD, DKP und Grünen, die Debatte um Faschisierung/ Neokonservatismus, die Einschätzung der Arbeiterbewegung. Als Viertes schließlich wurden gemeinsame Stellungnahmen zu zentralen politischen Ereignissen befürwortet.

Der Vorschlag wird in der „Beilage“ vom Mai 1985 veröffentlicht und dort zwar aufmerksam registriert, ohne daß sich die Antwortbeiträge konkret auf das von uns Geschriebene beziehen. Eine Diskussion erscheint schwierig.

Im AK 256 (bis 259) beginnt F. mit einer vierteiligen Serie zur Aufarbeitung der den KB seit seiner Gründung maßgeblich prägenden These von der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ („Faschisierungsthese“). F. kommt nach umfassender Untersuchung der Entstehungsgeschichte der These, ihrer Anwendung und der (stillschweigenden) Abweichungen in der KB-Politik zu dem Ergebnis: die Einschätzung der inneren Aufrüstung als Faschisierung war falsch und mangelhaft historisch abgeleitet. Übersehen wurde dabei eine gleichzeitig andere Entwicklung des bundesdeutschen Kapitalismus — von F. „Normalität“ genannt: ein starker Mehrheitkonsens in der Gesellschaft, hohe ökonomische Stabilität, geringe Konkurrenz zwischen den Hauptländern des Imperialismus. Andererseits eine hohe innere Aufrüstung, eine kaum überschaubare Verstaatlichung und Kontrolle

über all jene Apparate, die Rechtsstaat und Gewaltenteilung meinen. F. kommt zur Definition des „Präventiven Sicherheitsstaats“. Bis zum November 1986 (KB-Arbeitskonferenz zu den Bundestagswahlen) wird F.s Aufarbeitung im AK und in organisationsinternen Schriften kontrovers und zum Teil heftig diskutiert. Zum Teil wird die Faschisierungsthese schwach verteidigt, teilweise ihre Modifizierung gefordert. Angegriffen wird ein Trend zur Verharmlosung der kapitalistischen Normalität bei F., umstritten sind auch seine politischen Schlussfolgerungen zu den Grünen und den neuen sozialen Bewegungen. Zeitweise wird die Debatte auch in der „Gemeinsamen Beilage“ geführt, in der sich der BWK als „Neo-KB“ der Faschisierungsthese annähert. Beteiligt sind auch die NHT und Volksfront mit Diskussionsbeiträgen. Im KB harrt die Debatte einer inhaltlichen Klärung.

April 1985:

In der Sowjetunion beginnt unter Michail Gorbatschow die Politik der Perestroika, deren Auswirkungen die Entwicklungen auf der Linken bis heute beeinflußt haben.

Mai 1985:

Die Grünen sind in einer schweren Krise. Nach der Wahlniederlage bei den Landtagswahlen im März im Saarland schaffen sie in NRW erneut die 5% nicht. Grüne Katerstimmung allerorten, die Existenzangst geht um. Die Realos beschuldigen die Fundi-Linie gegen Koalition als Ursache für das schlechte Abschneiden und fordern einen neuen Kurs der Partei. Die Wachstums-Theorie von Ebermann und Trampert ist nicht einmal zwei Jahre nach Erscheinen ihres Buchs gescheitert. In Hamburg veranstaltet der KB ein Seminar zum 8. Mai (40. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus), das teilweise vom BWK und der ArPo mit unterstützt wird und an dem auch Autonome teilnehmen (Beteiligung: 250 Leute).

Erstmals in der Geschichte der Grünen beschließt ein Landesverband als Bündnisoption vor Wahlen die Koalition mit der SPD. Die hessischen Grünen akzeptieren zur Atomproblematik einen Kompromiß, der nicht die Schließung von Hanau und der AKWs vorsieht, sondern die „rechtliche Überprüfung“ ihrer Genehmigungsgrundlagen. Auf dieser Grundlage soll vor den Neuwahlen der SPD eine Koalition angeboten werden. Mit 85:15 setzen sich die Realos durch.

Juni 1985:

Vor den im September anstehenden Neuwahlen macht die SPD ein Koalitionsangebot an die Grünen Hessens, das diese akzeptieren. Die Grünen fordern zwei Minister und zwei Staatssekretäre.

August 1985:

Ernst Aust, seit Gründung Vorsitzender der KPD/ML, ist im Alter von 62 Jahren gestor-

ben.

Oktober 1985:

In Frankfurt wird Günter Sare anlässlich einer Protestdemonstration gegen die NPD von einem Wasserwerfer der Polizei überfahren. Die Linke, vor allem die Autonomen, reagiert bundesweit mit Protestdemonstrationen.

Die Beilage erweist sich als kein Diskussionsforum. Statt dessen stehen Beiträge ohne Bezug zueinander darin, deren Relevanz zweifelhaft ist. Dies gilt insbesondere für die meisten Veröffentlichungen der Anarcho-Gruppen. Unsere kühle Ablehnung einer regelmäßigen Mitarbeit an der „gemeinsamen Beilage“ wertet der BWK als Rücksichtnahme des KB mit Blick auf die Grünen und die Bundestagswahlen 1987.

Hamburgs besetzte Häuser in der Hafenstraße geraten überregional stärker ins Blickfeld. Die TAZ veröffentlicht ein Interview mit Staatsschützer Lochte, der über die TAZ die Unterwanderung der Hafenstraße durch fünf Mitglieder der RAF vermeldet (TAZ: „RAF-Hamburg zieht in die Hafenstraße“). Die Szene kontert mit Überfall und Verwüstung der TAZ-Redaktion. Eine breite Distanzierungswelle zieht durch Hamburg. Die TAZ steigert ihre Auflage. Namens der AK-Redaktion wird eine Distanzierung sowohl vom Überfall als auch von der Provokation des Lochte-Interviews abgegeben.

Premieren: Die erste rot-grüne Koalition in Hessen und der erste grüne Minister. In Neu-Isenburg beschließen die hessischen Grünen mit Zweidrittel-Mehrheit die Koalition mit der SPD unter Holger Börner, Joschka Fischer wird Umweltminister, Marita Haibach und Karl Kerschgens Staatssekretäre. Inhaltlich werden die Differenzen um Nukem und Alkern sowie die AKW-Stillegung hinter Formelkompromissen zurückgestellt. Die grüne Real(o)-Politik feiert ihren größten Sieg.

November 1985:

In Hamburg findet ein freimütiges Treffen auf Leitungsebene mit der Hamburger DKP statt. Wir werden dies als Testballon für ein mögliches Wahlbündnis. Diskussionssthema ist die Friedenspolitik und unsere sehr kontroverse Bewertung des Entspannungsprozesses. Großes Interesse hat die DKP an Einschätzung der GAL-Situation.

Dezember 1985:

Im AK 265 werden die Aufrufe zur Abkehr der radikalen Linken von der Arbeit bei den Grünen schärfer. Kt. fordert provokant „Vergeßt die Grünen!“ und hält das links-grüne Experiment für gescheitert, eine weitere Mitarbeit der Linken bei den Grünen für vertane Zeit. De. fordert „Keine Macht den Grünen!“ (ging in Erfüllung) und eine Rückkehr der Linken zur Debatte um revolutionäre und kommunistische Perspektiven.

Die Delegiertenkonferenz der GIM hat die Vereinigung mit der KPD beschlossen. Dabei

treten deutliche Differenzen mit einer Tendenz in der GIM auf, die den Entrismus in die Grünen fordert und dafür 18 von 81 Delegiertenstimmen erhält.

Gegen 4 Stimmen bei 3 Enthaltungen beschließt ein Parteitag der KPD die Einigungsergebnisse mit der GIM zu billigen. Wir sind mit einem Flugblatt präsent, das angesichts der unaufgearbeiteten ML-Geschichte Zweifel in die Glaubwürdigkeit und Sinnhaftigkeit solcherart Formel-Einigung erklärt.

### Das Jahr 1986

Januar 1986:

Bei den Beilage-Organisationen kommt es zum Streit um die Wahlbündnis-Vorbereitungen für die Bundestagswahl 1987. Die GIM und der BWK plädieren für eine „revolutionäre Kandidatur“, der KPD-Parteitag entscheidet sich entgegen der ZK-Empfehlung mit 44:33 Stimmen dagegen. Wir haben auf dem KPD-Parteitag in einem Offenen Brief gegen das linke Wahlsektierertum argumentiert. Die MLPD hat großzügig allen anderen einen Minimalkonsens und die Kandidatur auf ihren Listen angeboten.

Die DKP baut unter der Leitung des für Bündnispolitik zuständigen Referenten beim Parteivorstand Uwe Knickrehm eine „Friedensliste“ auf, der außer dem traditionellen DKP-Umfeld aus DFU und VVN, Rest-Teile der DS (vor allem der ausgetretenen Hansen) sowie Einzelpersonen (Spitzenkandidatin Uta Ranke-Heinemann) angehören. Eine Ausweitung gelingt ihr nicht.

Februar 1986:

In Frankfurt veranstalten Autonome und Antimipis mit 500 Teilnehmern einen „Widerstandskongress“, auf dem die Auseinandersetzung um die Politik der RAF im Mittelpunkt steht. Eine Gruppe „Für den Kommunismus“ kritisiert die Fehleinschätzungen der RAF, die ihren bewaffneten Kampf aus der ungeborenen Stärke des Imperialismus und seines Rüstens zur Entscheidungsschlacht ableite. Demgegenüber gelte es Möglichkeiten antimperialistischer Politik zu erkennen: „Der revolutionäre Krieg ist ein politischer Krieg“, schlussfolgern die AutorInnen als Aufgabenbestimmung und RAF-Abgrenzung.

In Hamburg wird der türkische Genosse Kürsat Timuroglu von einem unbekannten Mann ermordet. In diesem Zusammenhang verschärfen sich die Auseinandersetzungen zwischen türkischen und kurdischen Linken. Die Freunde Kürsats (ein früheres Dev Yol-Leitungsmitglied) beschuldigen die kurdische Arbeiterpartei PKK eines weiteren Mordes an türkischen Linken, nachdem zuvor in Paris und Skandinavien bei Schießereien linke Türken erschossen worden sind. In diesem Konflikt bezieht der AK — ohne sich im Fall Kürsats auf eine Tätergruppe festzulegen — mehrfach in ausführlichen Artikeln Position

gegen die Liquidierungspolitik der PKK. Der Konflikt polarisiert — bis heute — immer wieder die Linke an der Frage der Zusammenarbeit mit der PKK. Insbesondere Autonome und Antimipis begreifen die Unterstützung der in der Türkei im Kriegszustand mit der Militär stehenden PKK als Identifikation mit dem bewaffneten Kampf, die Ablehnung der PKK dagegen als Reformismus.

Mai 1986:

Die DKP hält nur wenige Tage nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl ihren Parteitag in Hamburg ab. Im Vorfeld war es in einigen Teilen der Partei zu grundlegender Kritik am Pro-AKW-Kurs der DKP in Bezug auf den realen Sozialismus gekommen. Heftig kritisiert wurde UZ-Chefredakteur Polikitt für seine verharmlosende Charakterisierung des Unglücks als „Havarie“. Vor allem aber wirkt Tschernobyl wie ein Krisenkatalysator in der Partei, der auch weitergehende Kritiken aufbrechen läßt. Erstmals wird die Parteiführung von einem Delegierten (dem Hamburger Müller-Goldenstedt, „Mügo“) heftig kritisiert. Das Rollback läßt nicht lange auf sich warten. Mügo wird gerügt, der Hamburger Bezirksverband für seine Arroganz der Partei gegenüber kritisiert, was dieser „selbstkritisch“ akzeptiert.

Juni 1986:

Bei der Niedersachsenwahl profitieren die Grünen weniger als erhofft vom „Tschernobyl-Effekt“. Rot-grün scheitert trotz 6% CDU-Verluste knapp. Eine heftige Debatte um die gewaltsamen Anti-AKW-Auseinandersetzungen (Brokdorf), in denen der Grund für das weniger gute Wahlergebnis gesehen wird, führt zu einer Distanzierungsgorgie von Realo-Grünen, unterstützt von einem von Bastian und Kelly initiierten Prominentenkreis (teilweise mit der heutigen „Heinrich-Böll-Stiftung“). Erstmals vertritt nicht allein Otto Schily, sondern eine größere Zahl Grüner, daß das staatliche Gewaltmonopol der Partei anzuerkennen sei.

September 1986:

Der Nürnberger Parteitag der Grünen markiert einen inhaltlichen Tiefpunkt der Partei, die sich in der Frage der Bündnisoption gegenüber der SPD mehrheitlich auf eine Nichtfestlegung einigt („Brief an unsere Wählerinnen und Wähler“). Thomas Ebermann dokumentiert ausgerechnet in einem AK-Interview seine Linkswendung bei den Grünen, indem er sich zum Ansprechpartner der Grünen im Bundestag für die zunehmende von der Partei sich abwendende radikale Linke erklärt.

Oktober 1986:

Die Fusion von GIM und KPD zur VSP („Vereinigte Sozialistische Partei“) wird formell vollzogen. Beide Gruppierungen zusammen repräsentieren etwa 600 der vormals 850 Mitglieder in den getrennten Organisationen

vor der Fusion. Neben Aussteigern hat es in beiden Organisationen Spaltungen gegeben. Die harten MLer arbeiten in zwei unterschiedlichen Fraktionen weiter (eine Gruppe gibt weiterhin den „Roten Morgen“ als KPD heraus), etwa 40 GIMler sind als Gruppe „Horizonte“ aus- und zu den Grünen übergetreten, darunter der bisherige „Was tun“-Redakteur Peter Bartelheimer. Die neue Zeitung der VSP heißt SOZ („Sozialistische Zeitung“).

#### November 1986:

Die Demonstration gegen das Atomzentrum in Hanau wird zu einem großen Erfolg. Es ist gelungen, die militärische Nutzung der Atomenergie zu thematisieren, es haben 25.000 teilgenommen und es kam zum seltenen Bündnis zwischen Autonomen, KB und linken Grünen, die die Aktion gemeinsam und geschlossen durchgeführt haben.

Auf einer KB-Arbeitskonferenz zu den Bundestagswahlen mit 150 Teilnehmern wird erstmals ausführlicher die Kontroverse um die Aufarbeitung der Faschisierungsthese diskutiert. Dabei bleiben die unterschiedlichen Einschätzungen nebeneinander stehen. Heftig umstritten ist die Diskussion der Wahlaussage zur Bundestagswahl. Allgemein wird die Einschätzung geteilt, daß der Zug in Richtung Erneuerung der christlich-liberalen Mehrheit abgefahren ist, daß die SPD-Linie Rau („Versöhnen statt spalten“) und deren absurdes Setzen auf die eigene Mehrheit sowie die grüne Unfähigkeit zu einer Druck-Initiative Richtung SPD und Reformpolitik der Wahl fast jede Dynamik genommen haben. Daher kommt einer Wahlaussage reduzierte Bedeutung zu. Dennoch ist sie heftig umstritten. In einer Kampf abstimmung stimmen 66 Anwesende für den Vorschlag, ausdrücklich zu erklären, warum man nicht zur Wahl der Grünen aufruft, 42 stimmen für ein Offenhalten und die kontroverse Diskussion im AK, 4 stimmen für einen Aufruf für die Grünen.

#### Dezember 1986:

Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg erreicht die Frauenliste der GAL nicht nur 10,4%, sondern auch wieder „Hamburger Verhältnisse“. In ihrer Politik gegenüber der SPD ist die GAL, die eine harte Tolerierungslinie beschlossen hat, aufgrund ihrer Flügel bis zur Handlungsunfähigkeit gelähmt. Die Monate bis zur Neuwahl im Mai 1987 finden faktisch ohne die GAL statt, die aus der Annäherung SPD/FDP keinen Nutzen ziehen kann. Die KPD hat zwar selber kandidieren müssen (auf Düsseldorf Druck), hatte jedoch — ein Novum in der Wahlgeschichte — ihre Wähler zur Stimmabgabe für SPD oder GAL aufgerufen. Dennoch erhielt sie 1.600 Stimmen. Der BWK war mit 198 zufrieden.

Die Räumungsabsichten des Hamburger Senats in der Hafenstraße sind vorerst gescheitert. Geschwächt durch das Wahlergebnis und gebremst durch ein politisches Bündnis der Hamburger Linken (Demonstration mit

10.000 Teilnehmern) müssen sie bis nach den Neuwahlen verjagt werden.

### Das Jahr 1987

#### Januar 1987:

Die Bundestagswahlen bringen der Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP zwar eine Mehrheit, aber einen erheblichen Dämpfer. Die Verluste sind erheblich. Großer Wahlgewinner sind mit über 8% die Grünen. Die „Friedensliste“ muß mit 0,9% eine wirkungsvolle Niederlage hinnehmen.

#### Februar 1987:

Die hessische Koalition zwischen SPD und Grünen platzt an den Differenzen um Nukleum/Altkern. Die Grünen Realos möbeln durch ihre vermeintliche „Unbeugsamkeit“ ihr Image innerhalb der Grünen kurzzeitig auf.

#### März 1987:

Bei den Hessischen Neuwahlen erzielen FDP und CDU die Mehrheit. Die SPD verliert, die Grünen erreichen zwar gute 8%, doch gerät mit dem Nichtzustandekommen des rot-grünen Koalitionsbündnisses, das als Signal zum Durchbruch der Realo-Linie bei den Grünen dienen sollte, diese in eine tiefe Krise, von der sie sich bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung nicht wieder erholt hat.

Erneute Ansätze einer Kritikdebatte in der KPD. In der Partei wird die zukünftige Wahlperspektive diskutiert. Erstmals wird offen vertreten, daß die Partei auf Wahlkandidaturen zugunsten von SPD oder Grünen verzichten soll (Jörg Huffschmidt). Erasmus Schöfer beklagt „das Leiden der Kommunisten an ihrer eigenen Partei“.

#### Mai 1987:

Am 1. und 2. Mai brechen nach einem Volksfest die „Kreuzberger Krawalle“ aus, eine Szenemischung aus sozialen Underdogs dieser Gesellschaft, Jugendlichen, die Spaß an der Freude haben und der militanten politischen Szene, die sich Schlachten mit der Polizei liefern und Läden plündern. Autonome und Antimilitaristen werten die Krawalle als Stärkung ihres Widerstandsansatzes, die Kämpfe in den Vierteln mit dem Widerstand weltweit zu kombinieren.

Die SPD hat in Hamburg einen wichtigen Erfolg bei den Neuwahlen errungen. Sie bildet zusammen mit der FDP erstmals seit der „Wende“ wieder eine sozialliberale Koalition und verschafft sich damit zwei Optionen: die einer Alternative zur derzeitigen Bundesregierung und die, endlich den rot-grünen Druck vermindern zu können. Die GAL hat mit 7% der Stimmen nicht nur ein Drittel Verluste erlitten, sondern wird als Mehrheitsbilder bedeutungslos. Schon vor der Wahl war die Strömung der Hamburger Realos in der GAL, vor allem aber eine neue Mittelströmung (linke Mitte) um Reents und Stamm stärker gewor-

den. Die Positionen Ebermanns und Tramperts, denen GALler via „Spiegel“ und FR die Schuld am Abscheiden zuschreiben, ist seither in Hamburg erheblich geschwächt. Ebermann/Tramperts Fundamentalismus gilt in den Grünen seither als verantwortlich für den rot-grünen Funktionsverlust bei der Herstellung von Reformationsoptionen gegenüber der SPD.

#### August 1987:

Die Hamburger DKP versucht, die Krisen-debatte in der Partei organisiert anzugehen. Sie erkennt nicht nur den „krisenhaften Zustand der Partei“ an, sondern fordert die DKP-Gruppen ausdrücklich zu einer Kritik-kampagne auf. Glasnost macht's möglich: Das frühere DKP-Vorstandsmitglied MüGo aus Hamburg gibt der „taz“ ein Interview, in dem er sich äußerst kritisch zur innerparteilichen Demokratie erklärt. MüGo wird vom Vorstand und dem Hamburger Bezirksvorstand verwandt; der legt zudem eine Selbstkritik ab, in der er eine gewisse eigene „Tendenz zur Überheblichkeit“ feststellt. Seitens des DKP-Vorstands wird der Hamburger Bezirk parteiöffentlich gerügt. Damit ist die Hamburger Debatte zunächst einmal abgeschlossen. Neu ist in der DKP, daß die Materialien dieser Debatte in einer neugeschaffenen Mitgliederinformation allen Parteimitgliedern vorgelegt werden.

#### September 1987:

In Frankfurt findet auf DS-Einladung ein Gespräch KB/DS stattgefunden, das außer Freundlichkeiten nichts Inhaltliches bringt. Die DS befinden sich in einer schweren Perspektivkrise, haben laufend Mitglieder verloren und können sich nicht einigen, ob man organisatorisch selbständig weiterexistieren soll, sich auflösen oder sich der VSP anschließen soll.

#### Oktober 1987:

Zwischen VSP und KB hat es auf Leitungsebene Gespräche gegeben. Das Ergebnis ist mager. Man hat sich beschnuppert, auch artig einen (nie realisierten) Artikelaustausch vereinbart, ansonsten hat man keine Gemeinsamkeiten festgestellt. Die VSP hat nach einer eher gemäßigten Gründungseuphorie der AIL-tage wieder erwacht. Stagnation und rückläufige Mitgliederentwicklung werden zugestanden.

In Erlangen werden drei DKP-Funktionärinnen, die sich ausdrücklich auf Glasnost berufen, mit allen Mitteln des bürokratischen Deformismus aus der DKP ausgeschlossen. 25 Erlanger DKP-Mitglieder (etwa zwei Drittel der Aktiven) schließen sich den Standhaften an. Erst Ende März 1988 wird der Vorgang in der „taz“ und im AK öffentlich.

#### November 1987:

Zwischen der VSP und dem BWK beginnen Verhandlungen um eine Vereinigung der

beiden Organisation.

An der Startbahn-West werden zwei Polizisten erschossen. Autonome BI-Mitglieder werden verdächtigt. Hetze und Druck auf die Autonomen sind stark. An die Spitze derjenigen, die Konsequenzen einfordern, setzen sich die grünen Realos um Schily und Schoppe, die die Ausgrenzung der Autonomen aus der Linken fordern und den Staat zu konsequentem Handeln auffordern.

Hamburg erlebt ein „Wunder“: Nach heftigen Auseinandersetzungen und der Belagerung der Stadt und der besetzten Häuser in der Hafenstraße durch 5.000 Polizisten und BGS, nach umfassender Mobilisierung der Linken und Linksliberalen in der Stadt, nach Barrikadenbau und militanten Auseinandersetzungen, gibt es eine Verhandlungslösung. Bürgermeister Dohnanyi verzichtet auf die Räumung, die Bewohner akzeptieren einen Vertrag, der ihnen einerseits Wohnrechte gibt, andererseits Elemente zur Disziplinierung der Szene enthält. Verlierer in dieser Auseinandersetzung sind die staatlichen Ordnungsorgane, Gewinner die Liberalen und die Linken, hier insbesondere die Autonomen.

### Das Jahr 1988

#### Januar 1988:

In Hamburg beteiligt sich der KB nicht an einer von Autonomen und Antimilitaristen geplanten Palästina-Solidaritätsdemo. Im Kern geht es dabei um sowohl inhaltliche Differenzen (Existenzrecht eines jüdischen Staates), als auch um Fragen der Solidaritätsarbeit, der Vermittlung einer sowieso schon schwierigen Palästina-Solidarität (Ablehnung der Parole vom „Boykott israelischer Waren“). In der Folge entsteht eine bislang noch nicht abgeschlossene Diskussion mit zum Teil heftigen Abgrenzungen aus dem Lager von Autonomen und Antimilitaristen (Karam Khella: der KB ist nicht mehr Teil der Linken) gegen den KB. Andererseits beginnt die stark autonom geprägte Soli-Szene stärker inhaltlich zum Thema Palästina/Israel zu diskutieren.

#### April 1988:

Die einschneidendste Veränderung in der revolutionären Arbeiterbewegung der letzten Jahre löst nicht nur Freude und vor allem Spekulationen aus: Die Zeitung „Arbeiterkampf“ erscheint unter dem Kürzel „ak“ mit neuem outfit. Moderne Zeiten?

#### Mai 1988:

Die SPD erringt erstmals wieder einen großen Wahlsieg. Engholm wird in Schleswig-Holstein mit 55% der Stimmen Ministerpräsident. Die Grünen SH scheitern zum x-ten Male. Damit hält der Rückwärtsgang der Grünen an.

Die Krisen-debatte der DKP wird in ähnlicher Weise wie in Hamburg in der Bremer DKP vom dortigen Bezirksvorstand initiiert

und mitgliederöffentlich geführt.

Eine linksgrüne Strömung steht vor der Auflösung: Die ISP („Initiative Sozialistische Politik“), die als Verein um die Zeitung „MOZ“ gegründet wurde und in Resten nach deren Einstellung weiterexistierte, will ihre Zeitung „Turbulenzen“ einstellen. Begründet wird dies mit dem Scheitern autonomer sozialistischer Ansätze in den Grünen.

#### Juni 1988:

Der grüne Perspektivenkongress in Bad Godesberg zeigt die derzeitige Strategie- und Perspektivlosigkeit der Partei. Fundis und Ökosozialisten sind seit der Hamburger Wahl schwer angeschlagen, die Realos (nicht die grüne Realpolitik) bleiben als Flügel minoritär und laufen inhaltlich Amok (ökologische Marktwirtschaft, konsumfreundliche Cityzens). Es ist die Stunde der schönen Worte und Schwätzer. Entsprechend stärkt dies zur Zeit die Strömungen der Mitte, die wiederum linke (Stamm/Reents), mittlere (Ludger Volmer) und rechte (Vollmer/Fücks) Strömungen umfaßt. Keine der grünen Strömungen macht derzeit einen Vorschlag für die in die Krise geratene Politik der Partei.

#### September/Oktober 1988:

Krise der DKP: Erstmals in der Parteigeschichte wird die Existenz zweier Linien anerkannt. Eine Minderheit der Partei setzt in einem Papier zur zukünftigen Parteientwicklung auf Glasnost/Demokratisierung der Partei, fordert die Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Kommunisten und eine theoretische Revision der Parteipositionen im Sinne der Theorie von der globalen Entspannung und der Möglichkeiten der Annäherung zwischen Imperialismus und realen Sozialismus aufgrund des bedrohten Überlebens durch Atomwaffen und Umweltkatastrophen. Die Mehrheit plädiert dagegen für vorsichtige Demokratisierung und programmatische Fortschreibung des Bisherigen unter Hinzuziehung der Global-Theorie. Eine Entscheidung über den weiteren Konfliktverlauf soll der Parteitag im Januar 1989 bringen.

Die Aktionen gegen das Westberliner IWF-Treffen werden zu einem großen Erfolg der verschiedenen Strömungen der Linken, die nach getrennter Vorbereitung gemeinsam massenhaft (80.000 auf der Großdemonstration) und vielfältig überwiegend die radikale Ablehnung der Politik der Weltbank demonstrieren. Erfolgreich sind erneut die vor dem Kongress ins Sperrfeuer der Staatsmedien geratenen Autonomen gewesen, die ihre Aktionen mit großer Disziplin und Mobilisierung (6.000 bis 8.000 auf der Demo) durchgeführt haben.

### Zusammenfassung 1985-1988

#### Grüne

Die dominierende Strömung in diesem Zeitraum waren die hessischen Realos. Mit ihrer Option Koalition und Machtbeibehaltung repräsentierten sie die Linie des Erfolges. Mit dem Hamburger Wahlerfolg Ende 1986 konnten die Gegner vom Fundi-Flügel optisch scheinbar gleichziehen, obwohl sie in Hamburg zu der Zeit bereits angeschlagen waren. Die grüne Bundespartei hatte mit ihrem Nürnberger Parteitag vor der Bundestagswahl 1987 mit dem Verzicht auf eine bündnispolitische Wahlaussage im Sinne radikaler Reformpolitik ihren inhaltlichen Tiefpunkt erreicht. Das gute Bundestags-Wahlergebnis im März 1987 (8%) verdeckte die Entwicklungsrichtung noch einmal, weil noch weniger als die Grünen die SPD unter Rau eine solche Reformalternative repräsentierte. Danach ging es erneut abwärts mit der grünen Partei: Die Stimmenverluste in Hamburg und das erneute Scheitern an der 5%-Klausel in Schleswig-Holstein 1987 wurden linksgrünere Politik angelastet; der Verlust der hessischen Koalition, die fehlende rot-grüne Mehrheit bei den Neuwahlen, haben die Realos in eine tiefe Krise gestürzt. Der Verlust der Rot-grün-Funktion hat zu Stagnation des grünen Projekts geführt, das von internen Skandalen und einer profil- und niveaulosen Mittelströmung dominiert wird, die nach Lage der Dinge bei den Grünen mit den Realos, nicht aber mit den Linken und Fundis zusammengehen könnte. Nach wie vor aber bleiben die parlamentarisch vertretenen Grünen in vielen politischen Fragen wichtige Ansprechpartner für die außerparlamentarische Linke.

#### Revolutionäre Sozialisten

Ein gut einjähriges Kontaktintermezzo mit zeitweisem Artikelaustausch gab es zwischen dem KB und dem BWK 1984/85. Mittlerweile sind die Kontakte aufgrund beiderseitigen Desinteresses nahezu völlig eingeschlafen. Leichter als an programmatischen Differenzen ist es, die Nichtzusammenarbeit am völlig unterschiedlichen Politikverständnis und an unserer Ablehnung des BWK-Ökonomismus festzumachen. Eine wirklich intensive, aufeinander eingehende und sich beziehende Diskussion mit dem BWK und den Organisationen der „Gemeinsamen Beilage“ im Projekt „Revolutionäre Sozialisten“ kam nicht zustande.

Im Mittelpunkt der Entwicklung lag die Vereinigung zwischen GIM und KPD zur VSP. Der Versuch, eine sympathieträchtige Dynamik über die Einheit der Gegensätze Trotzlisten plus Stalinisten herzustellen, erwies sich als zu wenig an Inhalt. Strategisch haben beide Gruppen vereint nichts zu bieten, inhaltlich haben sie wichtige Fragen ausgelammert (u.a. das Verhältnis zum realen Sozialis-

mus; möglicherweise können die organisierten Trotzlisten im Glasnost-Zeitalter deswegen so wenig mit ihren historischen Kennzeichen-Pfunden wuchern), ebenso wie organisatorisch (Streit um den Beitritt zur IV. Internationale). Das Hauptarbeitsfeld der vereinigten Organisation, die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit, stagniert mangels anderer als nur-gewerkschaftlicher Perspektiven. So ist neben dem gemeinsamen Willen das Wesen der Vereinigung der (Formel-) Kompromiß. Das dürfte sich auch in den Einigungsverhandlungen mit dem BWK, die nach Angaben beider Seiten vor ihrer Vollendung stehen, wiederholen. Ansatzpunkte für weitergehende (als die existierenden punktuellen) Gemeinsamkeiten zwischen KB und VSP/BWK sind zur Zeit nicht erkennbar. Organisatorisch ist die VSP nach der Vereinigung noch einmal um ca. 100 Leute auf 500 Mitglieder abgesackt. Der BWK steht zur Zeit bei ca. 300. (Diese Zahlen entsprechen den Angaben des VS, der eher die Neigung hat, die Mitgliederzahlen höherzubewerten, damit er seine Arbeit gegen links legitimieren kann).

## DKP

Die Krise der DKP schwelt seit der grün-bunten Wahldiskussion 1978, ist mehrfach in Ansätzen deutlich geworden und seit der sowjetischen Perestroika im Jahre 1986 — Auslöser Tschernobyl — verschärft worden, bis sie nach dem Scheitern des Wahlbündnis-Projekts „Friedensliste“ bei der Bundestagswahl 1987 aufgebrochen ist. Mit Verspätung vollzieht sich in der DKP der Krisenprozeß, der nacheinander KB, KPD/ANull, KBW, KPD/ML, und die GIM erfaßt hat. Einbrüche in Mitgliedschaft und Motivation sind tiefgreifend, die Perspektivlosigkeit der Partei schwankt zwischen den Polen des Beharrens auf alten Positionen (uns nicht ganz fremd) und der zehn Jahre verspäteten Entdeckung neuer (Ökologiefrage, Grüne). Wie tief die Krise inhaltlich schneidet, ist noch nicht ausgemacht. Das Konzept der a) traditionellen Partei der Arbeiterklasse ist ebenso angeknackt, wie b) das Vertrauen in die ungehemmte Entfaltung der Produktivkraftentwicklung im realen Sozialismus zum Wohle der Menschen. Entsprechend gibt es Tendenzen zur Abkehr von a), wohingegen die von b) überdeckt wird von der Hoffnung in die Perestroika. Organisatorisch schneidet die Krise auf jeden Fall tief, und scheint nicht mehr auf einzelne zu isolierende Rebellen einzugrenzen, da sie auch den Apparat erreicht hat. Auf jeden Fall sollten die Bemühungen fortgesetzt werden, inhaltliche Bezüge und Austausch der Diskussion/Erfahrungen herzustellen.

## Autonome

Sie dürften als Antipartei die neueste „Stärkste der Parteien“ sein. Für rebellierende Jugendliche sind sie (zumindest kurzzeitig) die einzige attraktive Strömung auf der Linken. Inhaltlich ist ihr Weltbild von den Hauptwidersprüchen denkbar einfach gestrickt (hie Imperialismus und Faschismus; da die kämpfenden Viertel und Völker; außerdem besteht die sonstige Linke, inklusive KB, aus Reformisten). Andererseits sind sie die einzige aktionsfähige Linke außerhalb der DKP (die allerdings zunehmend weniger auf die Beine bringt), attraktiv vor allem, da sie radikal und beweglich militante Aktionen pflegen. Die Unberechenbarkeit der Autonomen machte in wichtigen — und politisch erfolgreichen — Situationen (Hanau/Hafenstraße/IWF) zunehmend einer organisierten Disziplin statt, was ihnen (gepaart mit der Schwäche der sonstigen Linken) durchaus eine sehr eigenwillige Bündnispolitik ermöglicht. Ihr Internationalismus ist zwar ebenso grobschlächtig wie ihr sonstiges Weltbild und erhält seine Sympathien bei den Rebellierenden, vor allem, wo sie sich mit den mythologisierten bewaffneten Widerstand leistenden Unterdrückten (Kurden, Palästinenser) solidarisieren, wobei uns die Parolen von der Einheit der Kämpfe in den hiesigen Quartieren und den dortigen Lagern seltsam anmutet.

Wichtige Negativereignisse (Hamburger „taz“-Überfall, „Kübel“-Aktion in Westberlin, Startbahn-Schüsse) haben zwar häufig Rückschläge gebracht (insbesondere um die Startbahn herum), aber immer wieder inhaltliche und strategische Debatten zur Folge gehabt, an deren Ende der „politikfähige“ Flügel obsiegt hat, das Abdriften zu den Antiimperialisten nicht erfolgt ist. Inhaltliche Strategie- und Orientierungsdebatten waren immer Bestandteil strömungsmäßiger Organisationsprozesse (1986: Widerstandskongreß, 1987: Libertäre Tage, 1988: Bremer Internationalismus-Tage). Insbesondere in der Hamburger Hafenstraße haben die autonomen Akteure sich in extremen Situationen als oft sehr flexibel und listig erwiesen, und damit aussichtslose Schlachten vermieden.

## KB

Der KB hat im beschriebenen Zeitraum Versuche inhaltlicher Neubestimmung linker Politik gemacht, die — wie die Faschisierungs- und Perestroika-Debatte, in Ansätzen steckenblieben/an Diskussionsschwäche scheiterten/ auf Klärung warten. Es gelang nicht, gemeinsame Arbeitsprozesse mit anderen Kommunisten/Sozialisten herzustellen, die über die Ebene von Leitungskontakten und einzelnen örtlichen Zusammenarbeiten hinaus Bestand hatten. Die Krisis der aufeinander bezogenen Diskussion, des Angehens gemeinsamer Arbeits- und Untersuchungspro-

jekte ist offenkundig. Ansätze für die Diskussion einer neuen Perspektive der organisierten kommunistisch/sozialistischen Linken sind nicht zu erkennen. Die KB-Organisation hat ihren tiefsten Fall in der ersten Hälfte 80er Jahre gehabt, sich dann bei teilweisem Mitgliederwechsel auf niedrigem Niveau konsolidiert. Der AK zeigte in den Jahren 1986/87 leichte Aufwärtstendenzen, stagniert seither wieder, wobei nach wie vor ein Ansteigen der Abo-Zahlen gegenüber dem Freiverkauf festzustellen ist.

Weitgehend abgeklärt ist das Verhältnis des KB zu den heutigen Grünen. Völlig ungeklärt und diskussionsreif dagegen ist das Verhältnis des KB zu den Autonomen, bzw. zur Arbeit in den sozialen (Konflikt-) Feldern, in denen sie arbeiten und unter den Jugendlichen, die heute Interesse an linker Politik haben. Dabei haben sich insbesondere in Hamburg Konfliktfelder ergeben (Soliarbeit Hafenstraße, Streit um Demos zur Palästina-Solidarität und EG-Außenminister-Gipfel 1988), die zu nicht ausgetragenen politischen Spannungen geführt haben.

Das Gesicht des KB ist der AK, der wesentlich angesehener ist als die Organisation. Immer wieder gelang es, Autoren aus der radikalen Linken sowie den linken Grünen für den AK zu finden, der für viele Linke wichtiger Bezugspunkt und Informationsquelle ist. Die Stärke des AK dürfte seine Fundiertheit, seine Unversöhnlichkeit gegenüber den bestehenden Verhältnissen und den sie tragenden gesellschaftlichen Kräften einerseits sein; andererseits der Versuch, trotz Mangel an organisatorischem Einfluß den politischen Prozeß auf der Linken mit einer realistischen Sichtweise der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu analysieren. Allerdings: die Stärke des AK ist derzeit vor allem die Negation des Bestehenden und besteht nicht in der Fähigkeit (Möglichkeit?) zur positiven Politikentwicklung. Und: neben dem Gewinn an inhaltlicher Fundiertheit hat der AK auf einigen Feldern der Politik und Analyse bedenkliche Schwächen. Diskutiert werden müßte, wie der AK einerseits als Zeitung des KB als politischer Strömung der Linken erhalten bleibt, wir andererseits die Attraktivität der Zeitung für Linke außerhalb des KB erhöhen können.

hr.